Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk 2.50, frei ins Haus Mk 2.92, am letzten Post am Orte Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Inseratenpreis beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige. Für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 45. Dienstag, den 23. Februar 1909. 20. Jahrgang.

Das Kompromiß über die Reichsfinanzreform.

Keine Besteuerung des Reichtums — Nur Steuern auf den Volksverbrauch.

In den geheimen Verhandlungen der Subkommission zur Vorberatung der Reichsfinanzreform ist unter vorläufiger Beiseiteschiebung der Liberalen zwischen Konservativen und Zentrum eine Verständigung auf folgender Grundlage zustande gekommen.

Es wird keine neue Reichssteuer eingeführt, welche die besitzenden Klassen belastet. Reichsnachlaßsteuer, Reichserbschaftsrecht und Reichsvermögenssteuer sind als erledigt zu betrachten.

Dagegen werden Steuern auf den Massenverbrauch ungefähr in der Höhe der Forderungen der Regierungen bewilligt. Die Einzelheiten der Ausgestaltung dieser indirekten Steuern unterliegen noch der weiteren Beratung.

Falls die durch neue indirekte Steuern beschafften neuen Einnahmen des Reichs zur Bestreitung der Ausgaben nicht ausreichen sollten, ist das Defizit bis zur Höhe von 150 Millionen Mark durch Zuschüsse der Einzelstaaten (Matrikularbeiträge) zu decken. Die Regierungen sollen sich binnen zwei Jahren entscheiden, nach welchem neuen Verteilungsmodus (anstatt des bisherigen der Kopfzahl) diese Zuschüsse auf die einzelnen Staaten umgelegt werden sollen. Die Matrikularbeiträge sind durch Besitzsteuern aufzubringen, doch bleibt die Ausgestaltung dieser Besitzsteuern den einzelstaatlichen Gesetzgebungen überlassen.

Diese Verständigung bedeutet, wie man auf den ersten Blick bemerkt, einen vollständigen Sieg der von den Konservativen vertretenen Forderungen. Die Konservativen beharren unbeugsam auf ihrem Standpunkt, daß vom Reichstag nur indirekte Steuern, Steuern auf den Massenverbrauch des Volkes und diese in möglichster Höhe bewilligt werden müssen, daß es aber dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts verboten sein soll, das „Portemonnaie der Besitzenden“ anzufassen.

Die Besitzenden sollen weder durch neue Reichserbschaftssteuer noch durch eine Reichsvermögenssteuer behelligt werden dürfen: auch das Recht entferntester Erben darf nicht geschmälert werden durch ein erweitertes Erbrecht des Reichs. Nur für den Fall, daß die neuen indirekten Steuern zur Deckung des Reichsbedarfs nicht ausreichen, wollen die Besitzenden nicht in Form eigener Reichssteuern, sondern in der bisher üblichen Form der Matrikularbeiträge mitherangezogen werden. Wie sie diese Beiträge aufbringen, sollen aber in Preußen und den andern Staaten mit ungleichem Wahlrecht die Besitzenden selbst unter einander ausmachen in den Drei- oder Vierklassenparlamenten, die ihre sichere Domäne sind.

Dazu kommt, daß die Bewilligung der indirekten Steuern sofort erfolgen soll, die Neuregelung der Matrikularbeiträge aber erst zum 1. Januar 1912! Es kann schon heute gesagt werden, daß auch dieser Termin wahrscheinlich nicht eingehalten wird, denn es steht nicht in der Macht des Reiches, die Einzelstaaten zu zwingen, ein bestimmtes Gesetz bis zu einem bestimmten Termin fertig zu stellen. Allerdings dürfte, wenn der konservativ-ultramontane Plan glückt, die Fertigstellung der einzelstaatlichen Gesetze bis zu dem angegebenen Termin garnicht notwendig werden. Es ist bekannt, daß die Bedarfsrechnung des Reichsschatzamts stark übertrieben ist, sie rechnet mit einem Mehrbedarf von 500 Millionen, wahrscheinlich um 100—150 Millionen zu hoch. Werden jetzt, wie beabsichtigt wird, 300 bis 350 Millionen indirekter Steuern bewilligt, so wird das voraussichtlich für ein paar Jahre reichen. In ein paar Jahren aber — — wird man weiter sehen.

Im Jahre 1902 wurde dem arbeitenden Volke zur Entschädigung für die Lasten des Brotwuchertarifs eine

Witwen- und Waisen-Versicherung

zum 1. Januar 1910 durch gesetzlichen Beschluß in Aussicht gestellt. In zehn Monaten wird der Termin zur Einlösung dieses in der denkbar feierlichsten, gesetzlich bindenden Form abgegebenen Versprechens erfüllt sein. Am 5. Februar 1909 aber erklärte der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg die Annahme, daß die Regierung und der Reichstag diese Ehrenschuld gegenüber den Aermsten der Armen wirklich abtragen könnte, für einen „schönen Traum.“

Die neuen Hunderte von Millionen, die zu den Wuchermilliarden des Zolltarifs aus den Massen des Volkes gepreßt werden sollen, dienen nicht dazu, die Witwen und Waisen des arbeitenden Volkes zu unterstützen, sondern den unersättlichen Hunger des Militarismus und Marinismus für ein paar Jahre zu befriedigen.

Braucht man noch mehr der Beispiele, was von Treu und Glauben, von Schwüren und Versprechungen der Regierung und ihres Parteiklüngels zu halten ist? Wohl! Im Januar 1907 — vor den Reichstagswahlen — machten sozialdemokratische Zeitungen und Flugblätter darauf aufmerksam, daß dem neuzuwählenden Reichstage große Steuerforderungen unterbreitet werden würden. Daraufhin erschien in der „Nordd. Allg. Ztg.“ eine Erklärung der Regierung, daß die Einführung neuer Steuern nicht beabsichtigt sei.

Und jetzt?!

Ein Leutnant, der ähnlich so handeln würde, müßte die Uniform ablegen, es sei denn, er wäre zufällig ein hoher Aristokrat. Denn wenn die Kleinen dergleichen treiben, ist eine Lumperei, wenn es die Großen tun, heißt es — „nationale Politik“. Ein ganzes Volk betrügen ist — „Patriotismus“.

Heute wird uns gesagt: „Wenn erst 300—350 Millionen neue Verbrauchssteuern bewilligt sein werden, und wenn diese Summen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen, so werden es sich die Besitzenden in ihren Einzelparlamenten überlegen, auf welche Weise sie am Ende auch etwas zur Tragung der Heeres und Flottenlasten beitragen könnten.“

Wir stehen nicht an, darauf zu erwidern: „Die Väter des neuen Kompromisses über die Reichsfinanzreform denken gar nicht daran, die Besitzenden jemals und auf irgendwelche Weise ernstlich zur Tragung der Reichslasten mit heranzuziehen. Kommt die Zeit, da die jetzt zu bewilligenden Summen nicht mehr ausreichen, so werden die Versprechungen von heute vergessen sein, und man wird abermals die indirekten Steuern erhöhen.“

Es gibt nur ein Mittel; einer solchen Entwickelung der Dinge wirksam entgegenzuarbeiten. Es heißt: Bei den nächsten Reichstagswahlen vier bis fünf Millionen sozialdemokratischer Stimmen! Sonst aber wird sich das Volk nicht wundern dürfen, wenn es auch künftig von agrarischen Beutelschneidern und „christlichen“ Steuerschröpfern nach dem Grundsatz behandelt wird: „Mundus vult decipi, ergo decipiatur — die Welt will betrogen sein, also werde sie betrogen!“

Die Parteien und die Regierung.

Auf dem Manöverfeld der Finanzreform stehen die Parteien nunmehr so:

Auf der einen Seite Konservative und Zentrumsleute geschart um das Banner der oben gekennzeichneten Vorschläge Gamp-Herold, vordringend.

Auf der anderen Seite: Die verbündeten Regierungen und die Liberalen, die die Brutalität der neuen Steuerpresse durch eine mäßige Reichsbesteuerung des Reichtums bemänteln wollten, aufgelöst, ohne festen Gegenplan, zurückweichend. Die Freisinnigen, der Reichskanzler und das Reichsschatzamt sind schon halb oder ganz zur Streckung der Waffen bereit. Einigermaßen aufrecht stehen noch — — die Nationalliberalen!! Ein grimmiger Witz der Weltgeschichte: Die Nationalliberalen wollen wenigstens einmal in ihrem Leben die letzten gewesen sein, die umgefallen sind. Der Freisinn übernimmt den Vortritt.

Das „arbeiterfreundliche“ Zentrum begibt sich in engste Gemeinschaft mit den brutalen konservativen Volksfeinden; wenn die Reichsfinanzreform gemeinschädlicher und unehrlicher wird, als es selbst die Regierung gewollt hat, so wird das Zustandekommen einer solchen Reform zweifellos das „Verdienst“ des Zentrums sein. Schon triumphiert die ultramontane Presse: Das Zentrum wird wieder Regierungspartei. Das Volk bezahlt die Kosten, aber was tuts? Das Volk, zumal das Volk der Zentrumswähler, ist geduldig! Das Zentrum kann im Plenum zu einer neuen Mehrheit 103 Mann stellen, die gesamte Rechte verfügt dank der freundlichen Bemühungen der liberalen Blockbrüder über nicht weniger als 109 Stimmen, Zentrum und Rechte bilden also, wenn sie geschlossen auftreten, eine Mehrheit von 212 Stimmen. Da die absolute Mehrheit nun im Reichstag 199 beträgt, könnte der

schwarz-schwarze Block

den Abfall eines halben oder ganzen Dutzends von Antisemiten immer noch verschmerzen. Im alten 1906 aufgelösten Reichstag verfügten Zentrum und Rechte nur über 194 Stimmen, sie konnten noch keine Mehrheit für sich allein bilden, sondern brauchten wenigstens noch die Nationalliberalen dazu. Im neuen Block-Reichstag kann aber eine Mehrheit der Rechten gebildet werden unter

vollständiger Ausschaltung des Gesamtliberalismus.

Das ist der bejubelte „liberale Erfolg“ der Hottentottenwahlen von 1907!

Solche Gedanken mögen vielleicht jenen Strategen des Blockfreisinns durch den Kopf geschossen sein, die in der Subkommission die geniale Eingebung hatten, die Augen zuzudrücken und zu allem Ja zu sagen. Nur nicht sich ausschalten lassen, lieber alles mitmachen! Selbst wenn man gar nicht dabei gebraucht wird! Die Nationalliberalen aber waren diesmal — was nicht schwer war — die Klügeren, sie bemerkten, daß sie unter den gegebenen Umständen nicht mitmachen könnten, ohne sich selber die Schlinge um den Hals zu legen. Darum schlugen sie in ihrer Presse Alarm. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schrieb über den Vorschlag Herold-Gamp sehr treffend:

> Der Antrag bedeutet ein gefährliches Manöver. Man will zunächst die erforderlichen Gelder durch eine Besteuerung des Konsums zusammentragen und die Frage der direkten Steuern dann seelenruhig auf den St. Nimmerleinstag verschieben. Eine solche Politik werden die Nationalliberalen nicht mitmachen.

Nicht daß die Nationalliberalen in Wirklichkeit auf direkte Reichssteuern so sehr versessen wären, aber sie rechnen sehr genau, daß die parlamentarische Stellung ihrer Partei gefährdet ist. Not lehrt denken, darum beurteilen sie die finanzpolitischen Schwarzkünste des neuen Blocks so außerordentlich richtig. Dadurch aber brachten sie auch den Rückzug der Freisinnigen einstweilen wieder zum Stehen und wenn die „Magdeburger Zeitung“ recht unterrichtet ist, haben sich die Fraktionen des Gesamtliberalismus zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammengeschlossen, um — was zu tun? Um die konservativ-ultramontanen Finanzschwindler öffentlich zu entlarven? Um Protestaktionen vorzubereiten? Um in die rücksichtsloseste Opposition überzugehen? Hören wir die prophetische Quelle selber rauschen! Die „Magdeburger Zeitung“ schreibt:

> Von parlamentarischer Seite hören wir, daß die Nationalliberalen und die Freisinnigen sich in den letzten vertraulichen Besprechungen über die Reichsfinanzreform zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammengeschlossen haben. Es liegt bereits ein neuer Kompromißantrag vor, der von ihnen zusammen unterzeichnet ist. Man erwartet (!), daß die andern Blockparteien auf diesen Vorschlag eingehen werden. Die Entscheidung über die Finanzreform ist mit diesem Antrag gegeben, sie wird also in den nächsten Tagen fallen. Der Inhalt des Kompromisses wird vertraulich behandelt.

Das heißt also schließlich doch nichts anderes, als daß der Gesamtliberalismus seinen Standpunkt: „Keine Finanzreform ohne Reichserbschafts- oder Reichsvermögenssteuer!“ bereits verlassen hat und den Konservativen einen ergebensten Vorschlag zu unterbreiten gedenkt, der schließlich auf die Tendenz hinauslaufen dürfte „zwanzig Prozent billiger als das Zentrum!“ Bloß, weil sie es sind! Bloß, damit ein armer Mann auch etwas verdienen kann! Bloß, damit der Block nicht gesprengt wird!

Am Donnerstag, wenn die Finanzkommission wieder zusammentritt, dürfte sich bereits manches entschieden haben. Wie aber immer sich die Dinge weiter entwickeln werden, so haben sich doch schon alle bürgerlichen Parteien so tief kompromittiert, daß ihnen selbst ein künftiger vorübergehender Anfall von Oppositionslust nichts mehr helfen könnte. Die brutale Vaterlandslosigkeit der Junker, die sich sofort zeigt, wenn es sich ums Geben und nicht wie sonst ums Nehmen handelt, die schleichende Kammerintrigue des Zentrums, dem kein Schaden des Volkes zu groß ist, wenn es dafür den Vorteil einer angenehmen parlamentarischen Stellung eintauschen kann, die Heuchelei und Schwäche der Liberalen, die vor der Ausschaltung mehr Angst empfinden als vor der Schande des Wortbruchs, das alles gibt zusammen ein erschütternd abstoßendes Bild jener Art von Politik, von der mit Recht gesagt wird, daß sie den Charakter verdirbt.

An die Einsicht des Volkes glauben, heißt unter den gegebenen Umständen auf nahe große Erfolge der Sozialdemokratie rechnen. Diese Erfolge sind zu erzielen, wenn nur die breitesten Massen auch richtig erfahren, was jetzt im Reichstag der Hottentottenwahlen vorgeht. Gehen wir daran, es ihnen so verständlich wie möglich zu sagen! Zeigen wir die Dinge, wie sie sind! Lassen wir die Tatsachen reden! Sie sprechen für uns!

Die Regierung spricht

durch das Sprachrohr der „Nordd. Allgem. Zeitung“:

> Die Mitteilungen der Presse über die gestrigen Verhandlungen in der von der Finanzkommission des Reichstags eingesetzten Subkommission treffen nicht in vollem Maße zu. Insbesondere ist es nicht richtig, daß die Beschlüsse das Ergebnis einer Verständigung mit der Reichsfinanzverwaltung bilden. Die bei der Beratung anwesenden Vertreter des Reichsschatzamts haben selbstverständlich keine zustimmende Erklärung abgegeben, da sie damit von der vom Bundesrat bisher eingenommenen Stellung abgewichen wären.

Das heißt wohl, das Reichsschatzamt gibt seinen Segen, wenn die Verbündeten Regierungen mit dem konservativ-ultramontanen Kompromiß einverstanden sein sollten. Für die einzelstaatlichen Finanzverwaltungen wäre es natürlich viel besser, wenn sich das Reich neue eigene Einnahmen aus direkten Steuern verschaffte, als wenn ihr Budget, wie das nach dem Gamp-Herold'schen Vorschlag doch immer noch der Fall ist, durch die fernere Gestaltung der Reichsfinanzen in verhängnisvoller Weise beeinflußt werden kann. Aber der Reichskanzler sagt, der Weg wird gefunden werden, weil er gefunden werden muß, und da der eine Weg verbotener Privatweg des Herrn v. Oldenburg-Januschau ist, werden die Regierungen, energisch — wie sie den Junkern gegenüber schon einmal sind — den anderen betreten.

Politische Uebersicht.

Das Berliner Auswärtige Amt. Unter dieser Ueberschrift gibt ein „Eingeweihter" in dem soeben erschienenen zweiten Februarheft des „März" seine Erfahrungen im Auswärtigen Amte zum besten. Er sagt u. a.:

„In Wirklichkeit gibt es auf der ganzen Welt wohl keine Amtsstelle, wo soviel Zeit mit Nichtigkeiten totgeschlagen wird, wo der Grundsatz, daß Zeit Geld ist, so gänzlich ignoriert wird wie im Berliner Auswärtigen Amt. Das zeigt sich schon bei der Art, wie man in der Wilhelmstraße die neu eintretenden Assessoren drillt. Wir wüßten dafür wirklich keinen treffenderen Vergleich anzuführen als den, mit der Klein-Kinderschule. Diese 30jährigen Abc-Schützen müssen ebenfalls zuerst schreiben lernen und ihre Zeit großenteils mit orthographischen und mit Stilübungen verdringen.

Und doch rächt sich diese Methode nachher bitter, umsomehr, als man naturgemäß bei der späteren Auswahl für die höheren Stellen der Hilfsarbeiter und vortragenden Räte vor allem die Elemente berücksichtigt, bei denen der geistlose Formendrill am besten gelungen zu sein scheint, und die man daneben als die größten Arbeitsmaschinen betrachten zu können glaubt. Aber nicht etwa in dem Sinne, daß diese Apparate in kürzester Zeit ein möglichst großes Quantum an geistiger Arbeit zu leisten vermögen, sondern gerade umgekehrt in dem Sinne, daß sie für die kleinste Arbeit möglichst viel Zeit verwenden. Denn je ängstlicher und vorsichtiger ein Beamter ist, umso pflichtgetreuer muß er sein, und desto mehr kann man ihn daher gebrauchen, desto mehr Garantie bietet er gegen etwaige Verletzungen der hergebrachten Formen. Ob er dabei für eine Arbeit, die jeder normale Mensch in einer halben Stunde erledigt, einen ganzen Tag braucht, betrachtet man als absolut gleichgültig. Wer sich die Zeit nimmt, dem geistigen Produkt, ob man an den Herrn X. vor zehn Jahren „herzlich" oder „mit Dank" geschrieben habe, stundenlang in den Akten nachzuforschen, der ist für das Auswärtige Amt der rechte Mann; er wird dort zweifelhaft Karriere machen. . . .

Daß bei dem herrschenden System Schleicher und Streber in der Wilhelmstraße einen günstigen Boden finden, wollen wir hier garnicht besonders betonen; denn diese Menschensorte findet sich leider überall. Aber daß Leute mit über den Durchschnitt hinausragender Begabung oder gar mit speziellen Fachkenntnissen oder Weiterfahrung dort von vornherein mit einem großen Mißtrauen betrachtet werden, daß verdient doch immerhin Hervorhebung. Man fürchtet eben in der Wilhelmstraße alle, die unter Umständen Neigung bekunden könnten, selbständiger, als gerade dringend nötig ist, zu denken, da sie ihrer Umgebung nur allzu leicht über den Kopf wachsen dürften. . ."

Der „Eingeweihte" schließt seinen Artikel: „Also kann die Parole nur lauten: „Fort mit dem jetzigen bureaukratischen System!" Der Bau ist hohl und muß von Grund auf neu fundiert werden. Und weg vor allen Dingen mit der jetzigen kleinlichen Politik, die der Widerschein einer kleinlichen Methode, eines unfreien Geistes, also den Aufgaben der internationalen Lage nicht mehr gewachsen ist."

Das Siegesfest im Zirkus Busch. Die Hauptversammlung des Bundes der Landwirte, die an diesem Montag im Berliner Zirkus Busch abgehalten wird, soll nach den Ankündigungen der „Deutschen Tageszeitung" zu einem großen Fest zur Feier des Sieges gestaltet werden, den der Bund der Landwirte wie in anderen Fragen so besonders in der Frage der Reichsfinanzreform und der Besteuerung der großen Erbschaften errungen hat. Das Organ der Agrarier schreibt:

„Mit ganz besonderer Freudigkeit können wir schon heute feststellen, daß es dem Bunde der Landwirte gelungen ist, die schwere politische Gefahr der Nachlaßsteuer von unserem Volksleben abzuwenden. Ihr gegenüber hat er zuerst, und zunächst fast allein, auf der Warte gestanden und mit dem Aufgebote aller Kräfte, mit weitem Blick und unbeugsamer Entschiedenheit den ersten Schritt auf einer unheilvollen Bahn verhindert. Auch seine Gegner erkennen unumwunden an, daß die erfolgreiche Bekämpfung dieses Planes in der Hauptsache sein Werk ist; und auch von ihnen werden manche später dem Bunde Dank wissen, wie sie zum großen Teile schon jetzt das Verschwinden einer Gesetzesvorlage segnen, an der außer lebensfremden Theoretikern nur die Sozialdemokratie eine reine Freude hatte."

Also die Einzigen, die die großen Erbschaften (keineswegs die kleinen Bauerngütchen) zum Nutzen des Reiches wirklich besteuern wollten, waren die Sozialdemokraten. Die andern, die so taten oder noch tun, sind Schwindler.

Das sagen nicht wir, die Agrarier sagen es.

Zur Auslegung des Vereinsgesetzes. Der Sozialdemokratische Verein des Wahlkreises Calbe-Aschersleben hielt am 28. August 1908 in Barby seine Kreisgeneralversammlung ab, die sich aus Delegierten zusammensetzt. Die Polizei sah dessenungeachtet die Versammlung als eine öffentliche an und ordnete polizeiliche Ueberwachung an. Eine Beschwerde über das Vorgehen der Polizei wies der Landrat in Calbe a. S. ab. Jetzt hat der Regierungspräsident in Magdeburg auf weitere Beschwerde hin den Bescheid des Landrates und die Verfügung der Polizei aufgehoben, da die Angabe, zu der Generalversammlung seien nur Delegierte zugelassen worden, „nicht zu widerlegen" sei. Was lange währt, wird endlich gut!

Ein schutzzöllnerischer Liberaler. Zur Stichwahl des freisinnigen Parteigängers Korell macht die „Schles. Ztg." die folgende recht interessante Bemerkung: „Dazu kommt, daß der Bund der Landwirte für ihn eintritt, weil er, obwohl Kandidat der Freisinnigen Volkspartei, sich zur agrarischen Schutzzollpolitik bekannt hat". Das wurde bisher von freisinniger Seite bestritten. Aber auch hier folgt ein Umfall dem andern.

Wertzuwachssteuer. Der Bürgerausschuß in Lübeck nahm in seiner Sitzung vom 17. Februar einstimmig eine Wertzuwachssteuer an. Das Gesetz hat rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1907 ab und enthält Steuersätze von 1 bis 25 Prozent. Der Höchstsatz wird erhoben, wenn ein Grundstück innerhalb eines Zeitraumes bis zu 10 Jahren mit mehr als 100 Prozent Gewinn wiederverkauft wird.

Kommunale Verkehrspolitik. An Unternehmungsgeist lassen es die rheinisch-westfälischen Stadtgemeinden nicht fehlen; man denke nur an die zahlreichen, zum Teil außerordentlich großen und leistungsfähigen Talsperren. Jetzt kommt die Nachricht von einem neuen, großen Projekt.

Eine kommunale Vereinigung, bestehend aus den Verwaltungen der Städte Dortmund, Bochum, Essen, Mülheim a. d. Ruhr, Duisburg, Düsseldorf und der Landkreise Dortmund und Bochum, richtete an den Eisenbahnminister eine Eingabe auf Konzessionserteilung für eine den Industriebezirk durchquerende Vollbahn von Dortmund bis Düsseldorf. Die Kosten sollen 100 Millionen Mark betragen; Fahrgeschwindigkeit 120 Kilometer stündlich; Bahnlänge 75 Kilometer, davon 15 Kilometer unterirdisch, ein anderer Teil Hochbahn. Das Projekt wird von den genannten Kommunen finanziert.

Ein Bureaukratenstücklein vom Kaufmannsgericht. Die „Germania" schreibt: Durch die Schaffung der Kaufmannsgerichte sollte eine Beschleunigung der Rechtsprechung ermöglicht werden. Um so bedauerlicher ist es, wenn bureaukratische Maßnahmen diese gute Absicht vereiteln, wie sich das dieser Tage in einem Fall vor der fünften Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zeigte. Ein Handlungsgehilfe W. reichte gegen eine Aktiengesellschaft für Zirkus-Unternehmungen eine Klage ein. Die Klage wurde der für den Buchstaben „S" (Zirkus) zuständigen Kammer 5 zugewiesen. Als nun erstere der Rechtsstreit zur Verhandlung kommen sollte, entdeckte der Richter, daß der Kläger in seiner Klageschrift „Circus" geschrieben hatte, und er erklärte, daß dann die für den Buchstaben „C" zuständige erste Kammer den Rechtsstreit zu entscheiden habe. Umsonst bat der Kläger, daß er die Sache entscheiden haben möchte, weil er kein Geld brauche, der Vorsitzende erwiderte achselzuckend: „Schreiben Sie andermal die Firma richtig." Und als ein Beisitzer im Interesse des Klägers anregte, ob nicht die Rechtssache, da sie doch nun einmal vor die fünfte Kammer gekommen ist, auch von dieser Kammer entschieden werden könne, da wiederum der Vorsitzende: „Wir müssen prinzipiell an dem Buchstaben festhalten, die erste Kammer macht es auch so."

Der Kläger wurde tatsächlich mit seinem Prozeß an das „zuständige Forum" verwiesen, was für ihn eine Verzögerung um Wochen heraus bedeutet. Im Interesse einer unverzüglichen Rechtsprechung beim Kaufmannsgericht läge es, wenn beide berechtigten Kammern den Streit um „ihre" Buchstaben „C" und „Z" unter sich und vor Anlegung des Termins ausfechten würden, damit nicht die rechtsuchenden Parteien darunter zu leiden haben. Es würde der Absicht des Gesetzgebers zuwiderlaufen, wenn St. Bureaukratius auch vom Kaufmannsgericht Besitz ergreifen sollte.

Der Neunstundentag in den Staatsbetrieben. Auf unablässiges Betreiben der sozialdemokratischen Fraktion des württembergischen Landtages ist vor einigen Jahren in den Staatswerkstätten der Neunstundentag eingeführt worden. Als der Antrag gestellt wurde, erhob die Regierung ein großes Wehklagen über die Mehrbelastung des Etats, die hierdurch eintreten würde. Der damalige Regierungsvertreter sprach von 2.215.000 Mk. einmaligen Ausgaben für Neubauten und Anschaffungen und einem jährlichen Mehraufwand von 675.000 Mk. Trotz dieses Klagelieds wurde der sozialdemokratische Antrag erfreulicherweise angenommen und der Neunstundentag eingeführt. Jetzt hat nun die Regierung der Finanzkommission des Landtages Bericht über die Durchführung des erstattet und wir entnehmen dem Bericht das folgende:

Bei der Stücklohnarbeit habe sich die Befürchtung, daß ein Mehraufwand nötig sei, nicht erfüllt. Die Leistung der Arbeiter sei gestiegen. Bei den Stücklohnarbeitern sei weder eine Vermehrung der Arbeiter noch ein Mehraufwand an Löhnen eingetreten. Bei den Zeitlohnarbeitern sei dies der Fall, doch könne die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung hierauf nicht genau festgestellt werden, da gleichzeitig Verkehrssteigerungen und Betriebsausdehnungen stattgefunden hätten. Der gesamte Mehraufwand durch den Neunstundentag sei auf jährlich etwa 70.000 Mk. anzunehmen.

Mit diesem Berichte vergleiche man nun die Schreckgespenste, welche die Regierung erst an die Wand gemalt hatte! Die Neubauten, welche fast 2½ Millionen Mark kosten sollten, sind überhaupt nicht erfolgt, und der jährliche Mehraufwand beträgt gerade den zehnten Teil dessen, was die Regierung kalkuliert hatte. Danach kann man den Wert solcher Regierungsschätzungen im allgemeinen bemessen.

Die wichtige Position. Nicht geringe Ueberraschung gab es am Freitag im Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt, als die Finanzkommission bei der Beratung des Staatshaushaltsetats beantragte, die mit 900 Mk. angesetzte Position Orden zu streichen. Der Referent, Abg. Kirsten (Bund der Landwirte), motivierte die Ablehnung mit der sehr vernünftigen Ansicht, daß, wer Orden verschenken will, diese auch bezahlen soll. Sofort erhob sich der Staatsminister, Freiherr von der Recke, um in beweglichen Worten die Wichtigkeit gerade dieser Position zu schildern, und indem er an den Patriotismus der bürgerlichen Abgeordneten appellierte, sprach er die Drohung aus, daß die Regierung den ganzen Etat ablehne, wenn die Orden nicht bewilligt würden. Unser Genosse Hartmann kennzeichnete gebührend diese Sorte Regierungspolitik, die sich nicht scheut, wegen einer höchst überflüssigen Ordensposition den ganzen Staatshaushalt in Frage zu stellen. Bei den bürgerlichen Abgeordneten wirkte aber die Drohung des Staatsministers, die die Landtagsauflösung zur Folge gehabt hätte. Mit der knappen Majorität von 8 gegen 7 Stimmen wurden die Ausgaben für die Orden schließlich bewilligt. — Außer unseren Genossen besaß nur ein bürgerlicher Abgeordneter so viel Rückgrat, die Position abzulehnen.

Ausschluß der Oeffentlichkeit zum Schutze des Militarismus. Das Kriegsgericht in Magdeburg sprach den Leutnant Fromme, der unter der Anklage der Beleidigung und vorschriftswidrigen Behandlung von Untergebenen im Sinne des § 175 stand, frei. Fromme war seiner Zeit zur Beobachtung seines Geisteszustandes im Lazarett interniert. Sowohl die Verhandlung wie die Begründung des Urteils erfolgten in nichtöffentlicher Sitzung.

Konflikt zwischen Gouverneur und Ansiedler auf Neu-Guinea. Nach einem Telegramm der „Kölnischen Zeitung" aus Deutsch-Neu-Guinea haben sämtliche außerordentlichen Mitglieder des Gouvernementsrates ihr Amt niedergelegt. Eine Neubildung des Gouvernementsrates ist unmöglich, da die europäischen Ansiedler ausnahmslos auf der Seite der alten Mitglieder stehen. Danach scheint es zu einem Konflikt zwischen dem Gouverneur und der europäischen Bevölkerung gekommen zu sein, und zwar vermutlich infolge der neuen Zollordnung.

Die Novelle zum Strafgesetzbuch hat jetzt die Zustimmung des zuständigen Bundesratsausschusses gefunden und wird vom Plenum des Bundesrats schon zu Anfang der nächsten Woche durchberaten werden. Die Novelle wird noch im Monat Februar dem Reichstage zugehen.

Ausland.

Das Alters-Pensions-Gesetz in Frankreich. Seit Jahren gehen die Projekte betreffend die Pensionierung alter Arbeiter zwischen Kommission und Kammer und Kammer und Senat hin und her. Der Senat bildet namentlich in Fragen der Sozialreform ein ständiges Hemmnis, der Eigentums-Fanatismus und Abneigung gegen den bescheidensten Fortschritt in der Sozialreform ist hier noch bei weitem mehr ausgeprägt, als in der Deputiertenkammer. Dieser Tage aber hat nun endlich die Senatskommission ihre Arbeiten vollendet und ihr Projekt einer Alters-Versicherung veröffentlicht. An dem Obligatorium wird festgehalten; Arbeiter und Unternehmer haben Beiträge zu leisten und der Staat gibt entsprechende Zuschüsse.

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Karl von Holtei.

[21]

Die dargebotenen Erfrischungen, aus kalter Küche und Rheinwein bestehend, kamen höchst erwünscht und wurden gern genossen. Nachdem erst wieder neues Leben in den Erquickten sich regte, begannen sie ihre Meinungen über das ungeheure Gedicht zu äußern. Von Immermanns näheren Freunden läßt sich erwarten, daß sie sämtlich, wie er in seinen dramatischen Erstlingswerken für einen Nachahmer des ewigen Bruen betrachtet ward, für unbedingte Verehrer desselben, nicht nur im ganzen (was sich bei denkenden und gebildeten Männern ja von selbst versteht!) sondern auch bis ins Einzelne hinein betrachtet werden durften. Alle sprachen sich dahin aus, dieses Werk sei das vollkommenste seiner historischen Dramen, sei überhaupt das tiefste, größte, gewaltigste, was er überhaupt geschaffen. Immermann selbst ging soweit gerade nicht, hob jedoch die drastische, die theatralische Wirkung besonders heraus und erklärte König Richard den Dritten für die interessanteste, belohnendste Aufgabe, welche dem darstellenden Künstler jemals zuteil werden könne. Denn forderte er Wulf lebhaft auf, ihm beizustimmen.

Bescheiden entgegnete dieser: „Mir steht nach einmaligem Anhören kein Urteil zu. Das ist kein Schauspiel, das ist ein Stück Weltgeschichte voll Schander, Mord, Willkür, Verrat und Grausamkeit. Ich war außer Stande, die Fäden zu verfolgen, welche Szene für Szene, Akt für Akt innerlich verbinden. Betäubt vom Lärm der Aktion, umnebelt vom ekelhaften Blutgeruch, fühlt' ich mich wie in einem Schlachthofe, und da ich in meiner Seele gar keine Fähigkeit entdecke, mich nur auf einen Moment an des grausamen Schlächters Stelle zu setzen, so empfand' ich auch keine Neigung, seine Rolle auf der Bühne auszufüllen. Ich fühle mich solcher Arbeit nicht gewachsen."

„Damit wollen Sie andeuten, daß sie Ihnen nicht behagt?"

„Aufrichtig gestanden, so ist es. Ich wüßte nicht, was ich damit anfangen, noch wie ich es anfangen sollte, dem Bilde Leben und Wahrheit zu geben. Ich müßte ein Zerrbild daraus machen. Das mag an mir liegen, an meiner geistigen Beschränktheit. Ich begreife einen Menschen, sei's auch ein lasterlicher, nicht als einen darstellbar natürlichen, der in den ersten Äußerungen, die er ausstößt, damit beginnt, die Zuhörer zu versichern, daß er gewillt sei, ein Bösewicht zu werden. Wer das will, ist es schon längst; aber gesetzt, eingestanden hat es noch keiner selbst. Jeder, auch der Böseste, täuscht sich, von irgend einer Leidenschaft, irgend einem Zweck verblendet, über die Wahl der Mittel. Die Königskrone ist Richards Zweck, das zeigt sich wohl. Spräch' er das im Autmuns-Monologe aus, so ließe sich daran halten, und ich könnte mir zutrauen, den heimlichen Ehrgeiz wie ein feurig Meteor in ihm aufsteigen zu lassen, mit heroischer und darum doch veredelter Teufelei. Der Teufel jedoch, der uns sagt, daß, weil er entsetzlich, abschreckend häßlich, verwachsen, kaum halb fertig als Hundeschreck durch die Welt laufe, alles um ihn her verraten, betrogen, auseinander gehetzt, gequält, geschändet, ermordet werden müsse, der ist denn doch nur eine karikierte Fratze. So ist er auch ganz ernstlich vom Dichter gemeint. Das zeigt sich deutlich in den Aeußerungen anderer, besonders der Frauen: „Fast, Klumpen schnöder Mißgestalt, Mißgeburt voll Mäler, elter Sprößling, wühlendes Schwein, die man ihm an den Hals wirft. Damit, wie gesagt, weiß ich nichts anzufangen; denn erstens begreif' ich nicht, wo ich für solchen Wechselbalg die tragische Würde hernehmen soll, und zweitens hab' ich, trotz mancher niederschlagender Erfahrung, immer noch zu tiefe Verehrung vor dem weiblichen Geschlechte, um einen tückischen, gottverfluchten Mörder so raschen Sieg über die Witwe seines Opfers erringen zu sehen, wenn die Witwe dem Sarge des Gatten folgt, und der Mörder ein Klumpen schnöder Mißgestalt ist. Ob es historisch wahr, kümmert mich nicht. Poetisch ist es unwahr; und soll der Redner die Möglichkeit solchen Vorganges nur einigermaßen zur Geltung bringen, so darf er keine Mißgeburt voll Mäler sein. Ja, ich komme wieder auf meinen Franz Moor zurück. Nach meinen Begriffen von poetischer Häßlichkeit, die zugleich tragische Schönheit sein muß, darf ich mit meinem Gesichte den Franz nicht mehr darstellen, obgleich dieser es nur bis zu einer Ohrfeige von Amalien bringt. Wie ich um Anna freien und ihr den Ring an den Finger schmatzen soll, wenn ich als wühlendes Schwein mit klinigem Rüssel vor ihr agiere, das geht über meine Einbildungskraft."

Es geschah Immermann, was leicht jedem geschehen kann, der, von einem Kunstwerk sehr eingenommen, durch lebendigen Vortrag desselben ergriffen, auf kalten Widerspruch stößt, wo er wärmstes Gefühl erregt zu haben hoffte; er fand sich beleidigt und gekränkt. Mit höhnischer Nachgiebigkeit sagte er: „Es ist zu bedauern, daß Shakespeare nicht Ihren Rat einholen konnte, eh' er die Tragödie schrieb; das wäre ganz etwas anderes geworden."

„O", erwiderte Wulf, den der Spott kränkte, „ich rede nur als Zuhörer, rede nur für mich. Von den Dramen Shakespeares, die ich kenne, hat mich dieses am wenigsten befriedigt, wie mit all seinen Haupt- und Staatsaktionen läßt es mich kalt. Das ist eine persönliche Empfindung; sie gibt sich keineswegs für eine Ansicht oder Meinung, noch weniger für ein Urteil."

„Wir aber gibt sie den Beweis, daß wir uns in Ihnen getäuscht haben. Sie stehen durchaus nicht so hoch, wie wir Sie nach Ihrem Othello erheben wollten; daß Ihnen diese Rolle gelang, war ein glücklicher Zufall."

„Und daß Sie zugegen sein mußten, war ein unglücklicher . . . für mich. Gern geb' ich zu, daß Sie mich überschätzen und sich in meinem Berufe für das Höchste täuschten; meine Schuld ist das nicht. Daß ich mich aber noch einmal über mich selbst habe täuschen lassen, durch Sie, das trifft mich desto schwerer, weil ich bereits Wohltaten von Ihnen und Ihren Freunden durch Sie empfing, die wiedererstatten zu können, ich keine Aussicht habe. Das ist ein Elend, welches mit meiner Verwundung, mit deren schlechten Heilung zusammenhängt, und wenn ich mich diesen Gedanken hingebe, möcht' ich verwünschen und verfluchen, daß ich in den Krieg zog. Erwäg' ich aber dann, welch' stolze Zuversicht der eitle und verwöhnte Komödiant auf sein glattes Antlitz, auf seine sprechenden Züge gesetzt hat; erwäg ich, welch ein Gemisch großmütiger und selbstsüchtiger Anregungen mich in den heiligen Kampf getrieben; erwäg' ich endlich die Folgen, welche für andere sich daraus herleiteten! . . . so betracht' ich, was über mich verhängt wurde, wie eine gerechterweise mir aufgelegte Buße und schicke mich in mein Elend. Denn womit du sündigst, damit sollst du gestraft werden. Fürchten Sie nicht etwa, daß ich in pietistischen Jammer geraten will, meine Herren. Von der Unzulässigkeit, es fürder als Schauspieler zu versuchen, hab' ich mich nun endlich vollständig überzeugt, und für immer. Prediger denk' ich ebensowenig zu werden. Ich ziehe mich unter die Erde zurück, wie es dem „Tode" geziemt, und befreie Sie von meinem Anblick."

Als er die kleine Gesellschaft verlassen hatte, vereinten sich sämtliche Besitzer derselben zum Lobe des Abwesenden. Immermann war der erste, sich wegen seiner Herbigkeit anzuklagen, und man beschloß einstimmig, dem Gegner König Richard des Dritten das bisher bewiesene Wohlwollen nicht zu entziehen. „Vielleicht auch", sprach Immermann mit sarkastischem Lächeln, „hat er auf seinem Standpunkte, als Theatermensch des neunzehnten Jahrhunderts, gar nicht weit vom Ziele vorbeigeschossen, wie er jetzt gegen mich auftrat. Bleibe Shakespeare immer und ewig der Liebling der besten, zu denen wir uns zählen, weil er der beste ist; dessen ungeachtet täten wir gut, wenn wir endlich den Gedanken aufgeben wollten, ihn im eigentlichen Sinne des Wortes, im ausgedehntesten und umfassendsten nämlich, auf unseren Bühnen einheimisch zu machen, oder gar eine der seinen verwandten Herrlichkeit in unseren Tagen dichtend hervorzurufen. Ein Bestreben", schloß er seufzend, „woran auch ich schöne Jahre meiner produktiven Jugend nutzlos vergeudet habe!"

(Fortsetzung folgt.)

Nach diesem Entwurf sollen die Unternehmer 90 Cim., steigend innerhalb von 10 Jahren bis zu 9 Frank pro Jahr und Arbeiter zahlen. Das ergiebt nach der Berechnung der Kommission 103 Millionen Frank. Der Staat gibt hierzu einen Zuschuß von 71 Millionen Frank und aus diesem Fonds erhalten über 65 Jahre alte Arbeiter eine Unterstützung von 120 Frank pro Jahr. Die Beitragsleistung der Arbeiter soll bis zum 18. Lebensjahre 3 Frank pro Jahr, vom 18. Jahr an 6 Frank pro Jahr betragen. Auch zu dem auf diese Weise angesammelten Fonds leistet der Staat einen Zuschuß, sodaß auch hieraus der unterstützungsberechtigte Arbeiter eine jährliche Unterstützung von 120 Frank erhält. Insgesamt bekommt der Altersrentner also die Summe von jährlich 240 Frank.

* * *

Die Adreßdebatte in England. Im englischen Unterhaus wird seit einigen Tagen über die übliche Antwort auf die Thronrede diskutiert. Die Thronrede wird vom Parlament beantwortet, nachdem die Parteien ihre Wünsche dazu geäußert haben. Die Arbeiterpartei hat bereits durch drei Redner eingegriffen; sie hat ein Amendement eingebracht, durch welches der Regierung ein Tadel wegen der Behandlung der Arbeitslosen-Unterstützungs-Frage ausgesprochen wird. Barnes erklärte, daß die Vorschläge der Regierung weder geeignet seien, die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu beseitigen oder herabzumindern, noch bringen sie den Arbeitslosen eine genügende Unterstützung. Der Redner verwies auf die Prozession vom Dienstag (arbeitslose Frauen hatten mit ihren Kindern und Babys am Arm einen Demonstrationszug durch den Westen Londons unternommen). Die tiefliegenden Ursachen, so meinte Barnes, solcher Zustände könnte auch durch die Arbeitslosen-Unterstützung nicht beseitigt werden. Er verlangte die Verstaatlichung der Eisenbahnen, Einführung von Lohnämtern in den hauptsächlichsten Hausindustrien, obligatorische Speisung der Schulkinder, den Achtstundentag für Arbeiter. Nach ihm sprach von der Arbeiterpartei noch Keir Hardie und O'Grady. Keir Hardie verlangt mehr Sozialreform; er erklärt, daß die Arbeiter das Schutzzollsystem mit Sozialreform vorziehen vor dem Freihandel mit laisser faire. Mit diesen Ausführungen wollte der Redner wohl dem Vorwurf entgegentreten, als ob der Freihandel für die englische Arbeiterklasse ein „Fetisch" sei. Für die Regierung sprachen die Minister Churchill und John Burns, die manche Erweiterungen der sozialreformatorischen Gesetzgebung in Aussicht stellten. Daraufhin wurde, wie gemeldet, das Amendement der Arbeiterpartei mit 265 gegen 131 Stimmen abgelehnt.

Die Adreßdebatte dürfte noch mehrere Tage dauern, da die konservative Opposition die Regierung namentlich wegen der irischen Frage angreifen will.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. Februar.

* **Achtung, Mitglieder des Breslauer Konsum-Vereins!** Heute Montag, den 22. Februar, Abends 8¼ Uhr, findet die Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung in den durch die Verkaufsläger bekannt gegebenen Wahllokalen statt. Zur Ausübung des Wahlrechts sind diejenigen Mitglieder befugt, welche 1. dem Verein wenigstens seit dem 1. Januar 1908 angehören; 2. am Schlusse des Jahres 1908 einen ungekündigten Geschäftsanteil von mindestens 30 Mark im Verein stehen und 3. außerdem im Januar d. J. Gegenmarken zur Berechnung der Rückgewähr unter richtiger Angabe der Quittungsbuchnummer und Wohnung eingereicht haben. Die Legitimation zum Eintritt in die Wahlversammlungen erfolgt durch das Quittungsbuch.

Die Wahlberechtigten werden dringend ersucht, zur Wahl zu gehen und die Stimmzettel abzugeben, die vor den Wahllokalen in grünem Papier verteilt werden.

Ortsverwaltung des Transportarbeiter-Verbandes.

Der Goethe-Abend

am Sonntag reihte sich würdig und harmonisch den früheren Veranstaltungen des Bildungsausschusses an. Er bewies aufs neue, welch große Liebe und Anerkennung die Breslauer Arbeiterschaft diesen künstlerischen Veranstaltungen entgegenbringt und wie der Drang nach dem Guten und Schönen sich fundgibt. Nicht besser können wir die Wirkung des Abends illustrieren als dadurch, daß wir hier wiedergeben, was uns ein Nichtsozialist, einer, dessen Umgebung uns stets als die „Partei der Unfähigen" bezeichnet, darüber schreibt:

„Am Sonntag war das Gewerkschaftshaus Zeuge einer Kundgebung, wie sie ebenso ehrend für die Besucher, als vernichtend für diejenigen war, welche die Arbeiter nicht für fähig oder wenigstens halten, idealen Genüssen nachzugehen. Etwa 1600 Personen waren nach dem genannten Hause geeilt, um mitzuhelfen, einen Großen im Reiche der Kunst zu ehren, um sich zu erbauen an den Worten eines Geistesheroen und an den herrlichen Weisen, welche kongeniale Tonsetzer zu diesen Gedichten komponiert haben. Vorbereitet wurden die Zuhörer, die während der Vorträge eine geradezu vorbildliche Ruhe bewahrten, durch eine rhetorisch glänzende und inhaltlich reiche Ansprache des Herrn Prediger Tschirn von der freireligiösen Gemeinde, der es wirksam verstand, in großzügiger Weise des Meisters Größe und Wesensart zu illustrieren und allen Zuhörern den Weg zu Goethe warm empfehlend zu zeigen. Stürmischer Beifall dankte ihm.

Die unterhaltenden Darbietungen begannen mit dem von Kuhlau vertonten bekannten Gedicht: „Ueber allen Gipfeln ist Ruh", sehr stimmungsvoll vorgetragen vom Gesangverein „Liederhort" (Leitung: Herr Musikdirigent Vogel). Der wohldisziplinierte Verein brachte im Verlaufe des Abends noch Mendelssohns „Durch Feld und Au" in recht guter Ausführung, während die „Rastlose Liebe" wohl schon außerhalb der Leistungsfähigkeit des sonst sehr wackeren Chores liegt. Anstatt der gelungenen Volksweise „Ergo bibamus" hatte wohl jedermann das bekannte wirksame Studentenlied erwartet. Als Zugabe sang der Verein „Freudvoll und leidvoll" (aus „Egmont"). Noch viel wirksamer wären diese Darbietungen gewesen, wenn sich der Dirigent noch etwas mehr den Raumverhältnissen des Gewerkschaftshauses angepaßt und das Piano und plötzliche Abtönen nicht gar so jäh abreißend gestaltet hätte. Der großen Hälfte der Zuhörer gingen dadurch sämtliche leise gelungenen Stellen völlig verloren. Die durch die Volksvorstellungen sehr bekannte und allseitig beliebte Sprecherin der Heroinenrollen, Fräulein Salta, rezitierte bekannte Gedichte des Großmeisters und erntete für ihre vortrefflichen Leistungen kaum endenwollenden Beifall, der die Künstlerin sogar beim Verlassen des Saales bis zur Tür begleitete. Mit gleichen Stürmen von Applaus wurde die Altistin unserer Opernbühne, Frl. Neisch, für ihre gesanglichen Gaben bedacht, die aus Liedern von Thomas, Mozart, Schubert und dem einheimischen Komponisten Robert Ludwig bestanden. Als Zugabe spendete die mit hervorragenden stimmlichen Mitteln begabte Künstlerin die graziöse Nevinsche Komposition „An dem reinsten Frühlingsmorgen". — Zwischen den einzelnen Vortragsgruppen spielte Herr Markt auf einem schönen, von der Firma Großvietsch gestellten Bechsteinflügel die Ouvertüre zu „Egmont" von Beethoven und die Polonäse aus dem zweiten Teil von „Faust" in der Vertonung von Lassen. — Wie der Leiter der Veranstaltung am Schlusse des Abends bemerkte, beabsichtigt der Bildungs-Ausschuß, ermutigt durch die Erfolge der letzten Veranstaltungen, in kürzeren Zwischenräumen wie bisher den Arbeitern Unterhaltungsabende zu bieten. Es wäre recht wünschenswert, daß außer den Dichterabenden auch andere Themen angeschlagen werden, die in Wort und Ton vorgeführt werden könnten und die gleichzeitig Unterhaltung und Belehrung gewähren unter größerer Berücksichtigung des feinen Humors. Ich gestatte mir hier einige dieser Themen in Vorschlag zu bringen: „Aus der Kinderstube", „Die Zigeuner in Wort und Ton", „Aus dem Reiche der Tiere", „Der Tanz", „Was der Wald erzählt", „Italien", „An der schönen, blauen Donau", „Aus dem Soldatenleben", „Die französische Oper". An ausführenden geeigneten Kräften fehlt es in Breslau nicht. —o. —t."

Auch äußerlich gab sich der Abend recht stimmungsvoll. Grüne Bäume umrahmten die Bühne und den Konzertflügel und rechts und links grüßte die Besucher ein prächtiges Goethebildnis und eine vom Genossen R. Schiller eigens für den Abend angefertigte Kolossalbüste des Dichterfürsten. Man konnte deutlich wahrnehmen, daß auch dieser feine äußere Rahmen die Stimmung hob und anheimelnd auf die Besucher wirkte. So, Mann der Arbeit, sollst du Feste (und Dichter) feiern — in dieser Erkenntnis verließen die Zuhörer hochbefriedigt das Haus.

* **Die Tagesordnung der Stadtverordneten-Versammlung** hat durch die lange Etatsberatung einen erheblichen Umfang erreicht, allein 60 Nummern stehen in der öffentlichen Sitzung zur Verhandlung. Darunter befinden sich allerdings schon ein Dutzend Etats aus den Verwaltungen der Armenpflege, der Bäder, des Grundeigentums und dergleichen. Das Gesuch des Vereins für Veloziped-Wettrennen auf ein Darlehen von 10.000 Mark wird zur Annahme empfohlen. Die übrigen Vorlagen sind von geringerer Bedeutung.

* **Fastnachtskränzchen im Gewerkschaftshause.** Wer morgen Dienstag Abend ausgeht, um an einem kleinen Fastnachtsvergnügen teilzunehmen, der lenke seine Schritte ins Gewerkschaftshaus, wo er im Kreise von Gesinnungsgenossen und Freunden die angenehmste Unterhaltung findet. Der Wirt unseres Heims wird sich bemühen, den Abend zu einem gemütlichen zu gestalten, hält auch Eisbeine, Bockwurst ꝛc. und ein wohlgepflegtes Glas Bockbier und Bilzbrause für durstige Seelen bereit und bittet um regen Zuspruch.

* **Im „Welt-Panorama"** in der Gartenstraße wird diese Woche Zürich und ein Teil der Alpen gezeigt.

* **Wer alles Armen- und Waisenpfleger ist,** ersieht man aus einer soeben im Gemeindeblatte veröffentlichten Statistik. Darnach belief sich die Gesamtzahl der städtischen Armen- (Armen- und Waisen-)pfleger Anfang 1908 auf 1865, Anfang 1909 auf 1896. Darunter befanden sich (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr): Direktoren und Lehrer an höheren Lehranstalten 12 (9); Rektoren und Lehrer an Volksschulen 139 (139); Geistliche, Missionare und Kirchenbeamte 27 (31); Oeffentliche Beamte a) städtische 63 (63), b) andere 90 (108); Aerzte und Apotheker 45 (44); Rechtsanwälte und Notare 8 (9); Kaufleute, Agenten, Handeltreibende 351 (342); Industrielle und selbständige Handwerker 709 (716); Arbeitnehmer (Handwerker, Vorarbeiter usw.) 84 (36); Gastwirte und Restaurateure 103 (94); Haus- und Grundbesitzer 94 (104); Pensionierte Beamte 24 (31); Rentiers 45 (52); Privatbeamte 32 (19); Sonstige Berufsarten 6 (5). Im Ganzen sind es dieses Jahr 1831 Männer (1908: 1802) und 65 Frauen (gegen 63 im Jahre 1908), die sich den Arbeiten eines Armen- und Waisenpflegers unterziehen. Die nächstjährige Statistik wird infolge der Aufforderung der Armendirektion an die Arbeitervereine eine erheblich höhere Zahl von Arbeitnehmern aufweisen.

* **Ein verhängnisvoller Irrtum** hat am Sonnabend Abend den plötzlichen Tod des Schlossers Schwan, Kurzegasse Nr. 43, herbeigeführt. S. war im Begriffe, aus einer Kornflasche einen Schluck zu nehmen, vergriff sich aber und trank aus einer Flasche, die starke Salzsäure enthielt. Auf seine Hilferufe eilten die Angehörigen herbei, die sofort einen Arzt holten. Aber das Innere des Verunglückten war bereits dermaßen verbrannt, daß nach einigen Stunden der Tod den vor Schmerzen Schreienden von seinen Leiden erlöste.

* **Gräfin Kwilecki.** In der Nacht zum Sonntag ist in Breslau die Gräfin Isabella Kwilecki-Wieczeski im Alter von nahezu 63 Jahren an Influenza gestorben. Ihr Name ist weiteren Kreisen durch den Aufsehen erregenden Kindesunterschiebungsprozeß bekannt geworden, in dem die Gräfin und ihr Gemahl, der Besitzer des Fideikommisses Wroblewo im Kreise Samter, von ihren Verwandten angeklagt waren, dem im Jahre 1897 in Berlin geborenen Grafen Joseph Stanislaus von der Bahnwärtersfrau Cecilie Meyer aus Galizien gekauft zu haben, um das Fideikommiß nicht an die Seitenlinie übergehen zu lassen. Das Berliner Schwurgericht erkannte aber im Jahre 1903 nach längerer Verhandlung auf Freispruch. Nun forderte die Bahnwärtersfrau auf dem Zivilprozeßwege die Herausgabe des jungen Grafen als ihres Kindes. Vom Posener Landgerichte wurde sie abgewiesen, und nun schwebt die Angelegenheit bei dem Posener Oberlandesgericht. Die Gräfin lebte in den letzten Jahren mit ihrem Sohne in Breslau, wo der Knabe ein Gymnasium besucht. Er hat noch 3 Schwestern, von denen die jüngste im Oktober 1909 geboren ist.

* **Ein Hochfeuer,** seinen Schein weithin verbreitend, wütete Sonntag Abend gegen 10½ Uhr an den Kasernen Nr. 4, in den Hintergebäuden. Angeblich soll der Lagerschuppen von Koppe dort ausgebrannt sein. Da vom Hofe des betreffenden Hauses selbst, sowie auch vom Nebenhause aus die Feuerwehr schlecht an den Herd des Feuers gelangen konnte, gestalteten sich die Löscharbeiten besonders schwer. Die Funken der Lumpen wurden durch den Wind weit in die Umgegend getragen, sodaß Neugierige und Passagiere ihre Kleider wegen der Gefahr des Anbrennens hüten mußten. Gegen 12 Uhr rückte die Wehr wieder ab.

Der Polizeiberichterstatter meldet über den Brand: Sonntag Abend um 10¾ Uhr brach in dem Lagerschuppen des Kaufmanns Franz Hanschke, An den Kasernen 6 d, Feuer aus. Da der Schuppen mit Laden- und Kontoreinrichtungs-Gegenständen gefüllt war, fand das Feuer reichliche Nahrung, und die Flammen schlugen alsbald zu dem mit Asphaltpappe gedeckten Dache hinaus. Gleichzeitig brachen Flammen aber auch aus den Fenstern des Bodenraumes im dicht angrenzenden Wohnhause hervor. Es ist zweifellos, daß hier Brandstiftung vorliegt und daß das Feuer sowohl unten im einstöckigen Lagerschuppen, als im Bodenraume des Wohnhauses angelegt worden war. Die Feuerwehr griff sofort mit mehreren Schlauchgängen, die verschiedenemale infolge des eingetretenen strengen Frostes einfroren und deswegen ausgewechselt werden mußten, und mit einer Dampfspritze ein. Die Wehr vermochte das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und vor allem das Umsichgreifen des Brandes in dem Wohngebäude zu verhüten. Der Lagerschuppen allerdings brannte vollständig nieder, die in demselben lagernden hölzernen Gegenstände hatten alle Feuer gefaßt und mußten einzeln abgelöscht werden. Da die Baulichkeiten der ringsum angrenzenden Nachbargrundstücke nach dem den Hintergrund des Grundstückes völlig ausfüllenden Lagerschuppen zu mit Brandmauern versehen sind, so waren sie nur wenig gefährdet; aber auch die dem Wohnhause gegenüber liegende, ebenfalls mit Ladeneinrichtungsgegenständen gefüllte hölzerne Kolonade, die unmittelbar an den Lagerschuppen angrenzt, ist nur zum geringen Teil von dem Feuer mit zerstört worden. Der an die Kolonade sich anschließende Stall, in welchem sich Pferde und Heu- und Strohvorräte befinden, blieb gänzlich vom Feuer unberührt. Etwa vier Stunden lang hatte die Wehr zu arbeiten, bis das Feuer gelöscht war, mit den Abräumungsarbeiten war sie noch am Montag Vormittag beschäftigt. In dem Bodenraum, in welchem ebenfalls Feuer angelegt war, befand sich ein Lager von neuen Rohrstühlen, von denen auch eine ganze Menge vernichtet worden ist. Die Feuerwehr war hier gezwungen, den Boden an verschiedenen Stellen durchzuschlagen, da das Feuer sich bereits in das Dachgebälke hindurchgefressen hatte. Der Besitzer des Grundstücks, Kaufmann Franz Hanschke, war zur Zeit des Brandes nicht zu Hause; er kehrte heim, als der Brand bereits vorüber war. Den Schaden gibt er, abgesehen von den Baulichkeiten, auf etwa 16,000 Mark an; er ist durch Versicherung gedeckt.

* **Ueberfahren** wurde von dem Zuge, welcher 10,40 Uhr Vormittags von hier nach Glogau fährt, zwischen Bertsdorf und Schönlebefeld ein Dominialfuhrwerk. Das Fuhrwerk war mit Dünger beladen und fuhr gerade über die Gleise, als der Zug dahergebraust kam. Der Kutscher wurde herausgeschleudert und war sofort tot, der Wagen wurde zertrümmert, die Pferde blieben unverletzt. Infolge dieses Zwischenfalles kam der Zug in Glogau mit 24 Minuten Verspätung an.

* **Verloren** wurde im Gewerkschaftshause ein Paket mit 16 Programmen für das Stiftungsfest des Gesangvereins „Freisinn". Die Nummern der Programme sind festgestellt, der Finder wird gebeten dieselben in der Redaktion der „Volkswacht" abzugeben.

† **Entlaufen** ist dem Fleischer Hertrampf, Friedrichstraße Nr. 82, eine junge Bulldogge mit Maulkorb, Marke und Halsband.

Neueste Nachrichten.

Die Messerstecher.

Berlin, 22. Februar. (H. T.-B.) Die Messerstecher haben gestern ihre Arbeit wieder aufgenommen. In der Pestalozzistraße in Charlottenburg wurde ein 15jähriges Mädchen von einem Manne angegriffen, der ihr das Kleid und den Gürtel durchstach, sie aber nicht verletzte. Der Täter, ein 20jähriger Bursche, ist entkommen.

Messerstecher in Kopenhagen.

Kopenhagen, 22. Februar. (H. T.-B.) Gestern Abend wurde hier ein Messerattentat auf eine Dame verübt. Die Ueberfallene kam gegen 10 Uhr nach Hause, wo ihr ein 18 bis 20 Jahre alter Mann die Tür öffnete. Er folgte ihr bis zum dritten Stock, dort faßte er sie um die Taille, und versuchte, ihr mit einem langen, spitzen Messer einen Stich in den Unterleib zu versetzen. Auf den Schreckensschrei der Dame, die unverletzt blieb, rannte der Täter die Treppe hinunter und entkam.

Das Prinzenauto.

Stargard, 22. Februar. (H. T.-D.) Der Chauffeur Schmidt aus Pankow, der mit dem Kraftwagen des Prinzen Friedrich Wilhelm auf der Chausseestrecke Konitz–Stargard einen Knaben überfuhr und schwer verletzte, wurde zu sechs Wochen Gefängnis und 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Schmidt hatte die Fahrt fortgesetzt, ohne sich nach dem Knaben umzusehen.

Eine Familientragödie.

Berlin, 22. Februar. (H. T.-B.) Ein erschütternder Vorgang spielte sich gestern Morgen in einem Hotel der Koppenstraße ab. Aus dem Fenster ihres im dritten Stock gelegenen Zimmers stürzten sich der Tischlermeister Weide aus Altlandsberg und seine Ehefrau in den Hof hinab und erlitten so schwere Verletzungen, daß sie nach dem Krankenhause geschafft werden mußten. In einem im Zimmer vorgefundenen Brief teilt Weide mit, daß er und seine Frau, durch Notlage in Verzweiflung getrieben, freiwillig den Tod gesucht hätten.

Der serbische Aufschneider.

Belgrad, 22. Februar. (H. T.-B.) Der Thronfolger Georg agitiert ununterbrochen für den Krieg. Er verkehrt nunmehr mit Offizieren, bei denen er sich Sympathie erworben hat. Bei einer dieser letzten Zusammenkünfte, wo man von Meldungen sprach, daß Oesterreich Serbien zu annektieren beabsichtige, kam der Kronprinz in Erregung und schrie: „Diese Blamage können wir dieser unfähigen Regierung und der heutigen vertrottelten serbischen Politik verdanken. Jetzt müßte eine starke militärische Regierung aus Staatsruder kommen." Diese Worte des Kronprinzen wurden mit großem Jubel aufgenommen.

Berlin, 22. Februar. (H. T.-B.) Vor einigen Monaten zog zu den Eheleuten Schubert in der Luisenthalerstraße ein 18jähriger Russe namens Ormas. Es entspann sich bald zwischen dem Russen und der 21jährigen Tochter der Schubert ein Liebesverhältnis, von dem der Vater nichts wissen wollte. Er kündigte deshalb dem Russen das Zimmer. Dieser sann nun auf Rache. Gestern Nachmittag kam es in der Wohnung zu einem erregten Wortwechsel. Plötzlich zog Ormas einen Revolver und feuerte zwei Schüsse auf Schubert ab. Eine Kugel drang dem 42 Jahre alten Manne in die Schläfe, die andere verletzte ihn unterhalb des rechten Auges. Der Täter wurde verhaftet.

Paris, 22. Februar. (H. T.-B.) Alle Mitteilungen, die von einer Demissionsabsicht des Fürsten Radolin sprechen, sind falsch. Ebenso falsch ist die Mitteilung eines Berliner Blattes, daß der Botschafter schon früher einmal seine Entlassung gegeben habe. Auch die Annahme, der französischen Regierung könnte aus irgendwelchen Gründen ein anderer Vertreter Deutschlands gerade in dieser Zeit willkommen sein, erregt in hier maßgebenden Kreisen nur Verwunderung.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschafts-Kartell.

Vorsitzender: Wilhelm Grunow, Berlinerplatz 4.
Kassierer: R. Peterhansel.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 22. Februar:

Maurer. Abends 8 Uhr: Krankenkassen-Versammlung. Zimmer 2.

Dienstag, den 23. Februar (Fastnacht):

Großes humoristisches Bockbierfest. Großer Saal.

Steinarbeiter. Abends 7 Uhr. Zimmer 3 u. 4.

Mittwoch, den 24. Februar:

Arbeiter-Sängerbund. Abends 8 Uhr: Sechswöchentliche Probe im großen Saale.

An die Gewerkschafts- und Vereinsvorstände!

Der große Saal des Gewerkschaftshauses ist an folgenden Tagen noch unbesetzt:

Sonnabend, den 3. April, Sonntag, den 21. März.
" " 17. " " " 18. April,
" " 24. " " " 25. "

Auch sind im Mai noch einige Sonnabende und Sonntage für Mai-Kränzchen frei. Wir bitten die betreffenden Organisationen und Vereine, welche gewillt sind, irgend welche Arrangements zu treffen, recht bald den Unterzeichneten davon in Kenntnis zu setzen.

Breslauer Gewerkschaftshaus
J. A.: Fritz Rasch, Geschäftsführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Achtung, Bezirks- und Distriktsführer!

Montag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr, in den Distriktslokalen monatliche Abrechnung der Bezirksführer. Kontrollkarten und unverkaufte Beitragsmarken sind mitzubringen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Land-Distrikt 8.

Dienstag, den 23. Februar, Abends 8 Uhr: Vortrag des Genossen Müller bei Poser, Wilhelmshöhe.

Land-Distrikt 9.

Groß-Tschansch. Mittwoch, den 3. März, Abends 8 Uhr: Vortrag des Genossen Schütz.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schüler. — Redaktion und Expedition: Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schiff. — Druck von Th. Schatz & G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Am 19. Februar verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager unsere liebe Mutter, Grossmutter, Schwiegermutter, Schwester, Tante und Schwägerin, verw. Frau Schmied

Eleonore Hoffmann geb. Liebs

im ehrenvollen Alter von fast 70 Jahren.

Um stilles Beileid bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause, Gräbschen 17, aus statt. 835

Am 19. ds. Mts verschied nach langen schweren Leiden unser Mitglied, der Bauarbeiter

Paul König

im Alter von 38 Jahren. 859

Ein ehrendes Andenken wird ihm jederzeit bewahren

Der Sozialdemokratische Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr. Trauerhaus: Klein-Tschansch.

Stadt-Theater.

Montag 7½ Uhr:
„Cavalleria rusticana".
Hierauf „Bajazzi".
„Susanna im Bade".
Dienstag 7½ Uhr:
„Die Fledermaus".
Mittwoch 7½ Uhr:
„Carmen".
Donnerstag 7½ Uhr:
„Tantris der Narr".
Freitag, nachmittags 3½ Uhr:
„Wilhelm Tell".
Abends 7½ Uhr:
„Ein Wintermärchen".
Sonnabend 7 Uhr:
„Lohengrin".

Für die zahlreiche Teilnahme an der Beerdigung meiner Tochter Else Bruschke sage ich insbesondere dem Personal der Firma O. Peter, den Mitgliedern der Freien Jugendorganisation, sowie Freunden und Bekannten den herzlichsten Dank. 857

Frau Auguste Bruschke nebst Kindern

Liebich's Etablissement.

Robert Steidl

und das brillante

Februar-Programm.

Anfang 7½ Uhr.

Lobe-Theater.

Montag 7½ Uhr:
„Die Dollarprinzessin".
Dienstag 7½ Uhr:
„Moral".
Mittwoch 7½ Uhr:
„Die Liebe wacht".
Donnerstag 7½ Uhr:
„Die Dollarprinzessin".
Freitag 7½ Uhr:
„Moral".
Sonnabend 7½ Uhr:
Zum 1. Male:
„Das Glückeschweinchen".

Viktoria-Theater.

„Durga"

(Das fliegende Piano).

Dazu das brillante

Februar-Programm.

Anfang 7½ Uhr.

Dauer Wochentags gültig.

---

8 Pf. Reformbier 8 Pf.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Morgen 8 Uhr:
Einmalige Aufführung in der vereinigten Gewerkschaftlichen Verbände:
„Die Tür ins Freie".
Dienstag
Gruppe G. 6. Vorstellung:
„Gyges und sein Ring".
Donnerstag
Humboldt-Verein: (Abonnement-Vorstellung)
„Bruder Straubinger".
Freitag
Gruppe H. 6. Vorstellung:
„Gyges und sein Ring".

„Deutscher Kaiser"

Friedrich-Wilhelmstr. 35.

Dienstag (Fastnacht):

Masken-Redoute

(auch unmaskiert).

Verschiedene Neuheiten.

Prämierung

der 2 schönsten Masken (nur Damen).

1. Preis: Echt goldene Uhr
2. Preis: Kaffeeservice aus Nickel.

Um 12 Uhr:

Einzug des Prinzen Karneval nebst Gefolge.

Demaskierung.

Großer Fastnachts-Jux u. Trubel.

Tanzwettstreit.

Prämierung des besten Paares im Walzer.

Ballmusik: 2 Kapellen.

Entree: Herren 75, Damen 50 Pf.

Anfang 5½ Uhr. 858

Schauspielhaus

Montag, Anfang 8 Uhr:
„Die Förster-Christel".
Dienstag, 8 Uhr:
„Der König".
Mittwoch 8 Uhr:
„Der neue Dirigent".
Donnerstag, 8 Uhr:
„Die Förster-Christel".
Freitag 8 Uhr:
„Der König".
Sonnabend nachmittags 3½ Uhr:
Volks-Vorstellung:
Kleine Preise:
„Iphigenie auf Tauris".

Märzengold

empfehlen

Hopf & Görcke

739 **Brauerei Gräbschen.**

Tel. No. 238. Tel. No. 1921.

Palmengarten

Dir. H. Krainsik.

Heute Montag:

Bockfest

mit Gratis-

Geschenkverteilung

4 prachtvolle Gegenstände 4

u. A.: 1 Bowle im Werte von 20 Mk.

Morgen Dienstag

(zur Fastnacht)

Großer

Masken-Ball

(auch unmaskiert)

mit neuen erster. Ueberraschungen.

2 Kapellen.

Großer Fastnachts-Rummel.

Entree: Herren 60, Damen 30 Pf.

Anfang 8 Uhr.

Zeltgarten

Dir. H. Krainsik.

W. Haase

mit seinem berühmten

Burlesken-Ensemble.

Morgen Dienstag

nach der Vorstellung, 10½ Uhr:

Fastnachts-Masken-Ball

(auch unmaskiert)

unter Mitwirkung des gesamten

Künstler-Personals.

Elite-Ballmusik.

Besucher der Vorstellung erhalten gegen Pfand kein Extra-Entree.

Stamm-Seidel.

Vereins-Seidel,
Geburtstags-Seidel,
Hochzeits-Seidel,
Jubiläums-Seidel,

in großer Auswahl empfiehlt

Otto Miksch,

Kupferschmiedestraße 47.

Pfannkuchen

5 Stck. 10 Pf., 4 Stck 10 Pf. frisch.

Lehmdamm 60, Ecke Försterstraße.

Bäckerei Lerisch. 833

Möbel

Anzahlung Nebensache!

Einzelne Stücke, ganze Einrichtungen.

Auf bequemste

Teilzahlung

Anzüge

Ueberzieher,

Max Biermann,

52 Ring 52, 1. Etg.,

neben der Stockgasse.

Filiale:

Waldenburg i. Schl.

Auch nach auswärts.

621

Fastnachts-Pfannkuchen

empfehlen

Ziegon & Schäfer,

Tschepinerstraße 8. 860

Kaufe gebr. Möbel!

Federbetten, Kinderwag., sz. Wohn.-Einrichtungen, gegen sofort. Zahlung.

853 **Wahler, Gartenstr. 36.**

Verkauf gebr. Möbel!

Schränke von 9, 12, 15 Mk., Bettstellen 2, 3, 5 Mk., Kommoden 5, 8 Mk., Tische 2, 3, 4 Mk., Vertikows. 56

Friedrichstraße 66, am Sattlerplatz.

Mädchen i. f. Konfektion geübt

f. k. Stell. b. d. Schäftg. Augusta-Straße 7, I r. 854

Feuerversicherung

sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt 1744

Ernst Zahn,

Ritterplatz 5, III.

Carl Bräuer's Festsäle „Zur frohen Stunde"

Gabitzstraße 20/22

861 Heute Fastnacht:

Grosses Tanzkränzchen.

Entree 25 Pf. Tanz frei.

Es ladet ergebenst ein D. O.

Wilhelmsburg Neudorfstraße 54

Inh.: Franz Nötzel.

Dienstag, zur Fastnacht: **Großer Ulk. Kränzchen.** 858

Pfannkuchen-Bombardement. Anfang 7 Uhr. Donnerstag: Letzt. Bockfest in dies. Saison.

Morgenau Etablissement „Zum Rosengarten"

Inhaber: H. Neuberger.

Dienstag, zur Fastnacht: **Grosser Klim-Bim.**

Schleifenlanz bei freiem Entree. — Pelonäse, Pfannkuchen-Bombardement mit Ulk.

Freunde und Bekannte ladet ergebenst ein [861] D. O.

Etabl. „Schweizerhof" Inh.: R. Standke

Alsenstraße und Schweizerstraße-Ecke. 863

Heute Dienstag: **Großer Fastnachts-Ball.**

Maskiert u. unmaskiert. Pelonäse mit scherzh. Ueberraschungen. Bocktappen gratis. Große Gratis-Verlosung. — Entree frei. — Es ladet ergebenst ein D. O.

Hansels Etablissement Pöpelwitz

Dienstag, zur Fastnacht: **Großer Ulk**

(maskiert und unmaskiert).

Prämiierung. 1. Präsent: 1 Ziegenbock, Prachtexemplar.

Tanz bei vollem Orchester. Entree frei. Anfang 7 Uhr

Donnerstag: Familien-Kränzchen und Gesellschafts-Abendbrot. 852

Paul Strauss' Etablissement

Telephon 9492. Ohlauer Chaussee 52/54. Telephon 9492.

Heute Dienstag: Großer Fastnachts-Rummel

(maskiert und unmaskiert). Um 12 Uhr Große Pfannkuchen-Polonaise.

Bocktappen und Bechlieder gratis. Ausschank von Bockbier. Anfang 7 Uhr. Entree frei.

Es ladet ergebenst ein [862] Paul Strauss.

Volksvorstellung 1908/9.

(Schauspielhaus).

XIII. Vorstellung.

Sonntag, den 28. Februar,

mittags 11½ Uhr:

Iphigenie auf Tauris

von Goethe.

I. Rang 0.70, Parkett und Orchester 0.60, II. Rang I. bis VI. Reihe 0.40, VII. bis IX. Reihe 0.20 Mk.

Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Zigarren

prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand und Geschmack

100 Stück 2.50 Mk. bis 10.00 Mk.

empfiehlt gegen Nachnahme

Zigarren-Fabrik M. Lampke,

Fabrik, Versand und Hauptgeschäft: Breslau, Roßplatz 11, am Oderterbahnhof.

Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schweidnitzerstraße, Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

Jeder Leser einmal **Extra-Vergünst.** 30 schöne Buckl. u. 40 Delikatess- u. Brathr. u. 20 Rollmöpse und Bismarckheringe, 20 grösste schönste Ia. M Fettheringe u. ff. Anchovis u. 1 f. Aal u. ff. Lachs u. 1 Fischkochbuch. — 10 Sorten mit Verpackung nur 2.75. H. Degener, Swinemünde 552

Erscheint 3mal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis der „Volkswacht" für das niederschlesische Industriegebiet.

Erscheint 3mal wöchentlich.

Central-Automat, Waldenburg.

Abzahlungsgeschäfte.

Grisner, O., Waldbg., Forst. 6 u. d. Burgst.
Peusch, F., Waldenburg, Sandstr. 1.

Bäckereien u. Konditoreien.

Biedermann, A., Waldenburg.
Böhm, Robert, Fellhammer.
Burian, Rm.-Salzbrunn.
Dehnert, O., Fellhammer, Konf. Art.
Enderlein, Bruno, Freiburg i. Schl.
Fenzel, A., Bruno, Bäck.-u. Konditor, Dittersbach.
Hoffmann, Robert, Dittersbach 178.
Jung, Carl, Fellhammer.
Klugberg, Heinrich, Gottesberg.
Nötzler, Gustav, Sandberg 64.
Pätzold, Paul, N.-Hermsdorf.
Reuter, E., Ob.-Waldenbg., Eichenstr. 13.
Schwerzer, R., Ob.-Waldenbg., Altmarkt 1.
Zimmer, R., Altwasser, 21/a, 1, 1.09 Prom.

Bier-Brauereien.

Aktien-Brauerei, Gottesberg.
Hausdorf & Sohn, A., Waldenburg.
Kurt & Co., Freiburg i. Schl.
Schlesische Bier-A.-G., Ob.-Waldenburg.
Schreiber, J., Freiburg i. Schl.
Stadtbrauerei, Freiburg i. Schl.
Tiefel's Brauerei (A. Fischer), Striegau.

Cigarrenhandlungen.

Bekel, Joh., Freiburg i. Schl., Berichtg.
Pfeifer, Gustav, Nm.-Waldenburg.
Teuber, Heinr., Dittersbach 12.

Damen-Konfektion.

Hill, G. A., Bielas, Reichen, Rich.
Reichmann, Paul, Gottesberg.

Drogen u. Farben.

Drogerie „Glück auf", N.-Hermsdorf.
Germania-Drogerie, Gottesberg.
„Glück auf"-Drogerie, Gottesberg.
Reichke, Fritz, Freiburg i. Schl.
Riegel, Arthur, Altwasser I, 21 a.

Eisen- u. Stahlwaren.

Schreck, Reinhard, Gottesberg.
Thäßler, Hermann, Gottesberg.

Fahrräder u. Nähmaschinen.

Böse, Ferd., Freiburg i. Schl.
Henrich, J., Nm.-Berbisdf., Gottesberg.
Kahl, Bernh., Freiburg i. Schl., Gramm. u. Nm.-Berbisdf.
Nahlert, J., Gottesberg.

Fleischereien.

Hübner, Hermann, Altwasser II, 19.
Reisel, A., Fellhammer, F. Bauernm.
Schäfer, Gustav, Fellhammer, F. Bauernm.

Galanterie-, Leder- u. Spielwaren.

Kommer, E., Freiburg, F. Schr.-, Taschenm.
Kühnrs, Paul, Waldenburg, Schloßstr. 1, Ecke Freiburger.
Schmiedel, Altwasser, vis-à-vis Apotheke.

Gemischt-Waren.

Brand & Raeder, Weissstein.
Freicher, Heinr., Dittersbach Nr. 4.
Hanke, W., Dittersbach, Herrengarderobe.
Schilbert, R., Weissstein, Hauptstr. 56.

Haus- u. Küchengeräte.

Kaforgy, H., Gottesberg.
Preuer, Mathilde, Gottesberg.
[illegible]

Herrengarderobe.

Andrich, Emanuel, Altwasser.
Behrendt, M., Hirschberg, Schildauerstr. 12
Bittner, F., Inh.: A. Göhlich, Striegau, Bahnhofstr. 8.
Conrad, Franz, Gottesberg.
Deutsches Kaufhaus, Altwasser, Herr.-Art.
Gottwald, Hirschberg, M.-Burgstr. 10, F.-Art.
Lachmann, Louis, Freiburg i. Schl.
Lipper, B., Jauer, Goldbergstr. 35.

Konfektionshaus „Merkur"

Fellhammer Nr. 68.

Größtes Spezialgeschäft am Platze.

Meyer, Kurt, Hirschberg, Langstr. 19, Damen-Konfektion.
Milke, G. A., Hirschberg.
Panisch, H., Waldenbg., Oberlestbrst. 16, Herr.-Kleidg., Herrenart. u.
Pohl, A., Dittersbach 177, Maßanfertigung.
Rusch, Adolf, Schuhwaren exp. Fabr., Bahnhof-Hermsdorf.
Semper Nachf., A., Inh.: C. Riedel, Schweidnitzerstr. 18, (Kreut).
Silbermann, M., Waldenbg., Gottesberg.
Ettenfeld, M., Jauer, Nobes. Aufflg.
Zauner, R., Hirschberg, a. Damengart.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.

Ery, Arth., Waldenburg, Friedländer-Straße 31, gute Bedienung.
Mielke, Edmund, Gottesberg.
Schlegel, Oskar, Freiburg.
Sarnbach, E., Freiburg i. Schl., Schuhmacher-Meister.
Ang, Wilh., Waldenburg, Friedl. Str. 27.

Kaufhäuser.

Barnett, M., Freiburg i. Schl.
Knabbe, Altwasser, Dam.-Herr.-Kind.-Konf.
Pförtner, Reinh., Gottesberg.
Pinoff, Georg, Hirschberg i. Schl.
Reitz, Paul, Nieder-Hermsdorf 125 127.

Kleiderstoffe u. Seidenwaren.

Becker, Theodor, Freiburg i. Schl.
Haacke, Hermann, Freiburg i. Schl.

Kolonialwaren.

Beer, C., Dittersbach 148 a, Drogen.
Bergmann, Ernst, Dittersbach, Destillat.
Bergmann, R., Altwasser I, 7, Email.-W.
Feige, Paul, Gottesberg.
Hänel, A. W., Dittersbach, Email.-, Manuf.
Hanschild, Fellhammer, Haus- u. Küchengeräte.
Heinze, Fellhammer, Haus- u. Küchg., Bürst.
Kalms, Ad., Freiburg i. Schl., Bizarr. u. Zigarren.
Krügel, R., Altwasser, Kum., Kognak, Likör.
Kubot, Franz, Altwasser, neb. d. neuen Post.
Lernhardt, A., Fellhammer, Eis.- u. Porz.-W.
Martin, Fellhammer, Spirit., Filz-, Email.-W.
Nittner, Altwasser, Spirit., Email.-W. u.
Schäfer, Fellhammer, Drog.-Kram., Porz.-W.
Schokoladenhaus Reichmann, Waldbg.
Scholz, Fellhammer, Spirit., Küchengeräte.
Steiner, H., Fellhammer, Drog., Spirit.
Taubin, Gust., Fellhammer, Spirituosen.
Wachsmann, Paul, Gottesberg.
Walter, H., Weissstein, Drog., Spirit., Öl.
Weinhold, H., Altwasser, Haus- u. Küchg.

Manufaktur- u. Modewaren.

Gottwald, Hirschberg, M.-Burgst. 10, Neste b.
Hübner, F., Ob.-Altwasser, Sort., Kurz.-Wst.
Morgner, Waldstadt, Freiburg, Ob. B.
Pfeuffer, H., Kauf., Waldenbg., Markt 2.
Schröter, C., Fellhammer, auch Schuhw.
Sindermann, P. H., Altwasser, Fabr.-Räum.
Waldenb. Warenh., A. Hechn, Friedl. Str.

Möbel-Magazine.

Bartsch, J., Waldenburg, Gottesbergerst. 24.
Bittner, C. M., Altwasser, Möbel u. Särge, billigste Preise.
Hoffmeister, H., (H. Förster), Striegau
Kadur, F., Gottesberg.
Minde, Herm., Freiburg.
Mücke, Alfons, Gottesberg.
Nötzler, E., Weissstein, Hauptstr. 43.
Rusch, Fellhammer, auch gebr. Kldg., Stiefel.
Springer, E., Altwasser, Tischlermeister

Musik-Instrumente.

Bartsch, F., Waldenbg., Gottesbergerst. 2, Freiburgerst. 21 u. Neurode, Schuhmst. 151.
Seifert's Musikwarenhaus, Hirschberg.

Papier- u. Schreibwaren.

Hentschel, Aug., Altwasser, Promenade.
Hötzel, G., Altwasser III, 12, Glas u. Porz.
Schiedeck, Max, Gottesberg.
Schöbert, Bruno, Freiburg.
Welz, Gebr., Ob.-Waldenburg Kirchstr. 27.

Photogr. Ateliers.

Autauf, Aug., Gottesberg.
Ahol, B., Altwasser, Nieder-Salzbrunn.
Neugebauer, A., Gottesberg.
Stricker, Paul, Altwasser, Waldenburg.

Schuhwaren u. Schuhmacher.

Alscher, Gebr., Freiburg i. Schl.
Burger, Schuhfabrik Waldenbg., Ring 21.
Förster, Paul, Gottesberg.
Göttelmann, M., Waldenburg, Friedl. Str. 7
Kappler, Herm., Altwasser I, 23 a.
Laute, O., Altwasser, Mech. Beihbl.-Anst.
Maibaum, Oskar, Altwasser, ev. Kirche.
Busch, Ad., Waldenburg, Ring 12.
Neuner, Herm., Altwasser III, 21 D.
Neusemann, R., Gottesberg, Landeshutst.
Schnabb, D., Jauer, Königsstr. 23.
Schreiber, Emil, Freiburg i. Schl.
Simon, Karl, Gottesberg.
Tödtmann, Gust., Waldenburg, Markt 5.
Tischerlich, E., Fellhammer, Grenze.
Wendland, J. A., Hirschberg, Langst. 1.
Wollner, J., Charlottbrst. 18, Kais. Wilhpl. 9.

Uhren u. Goldwaren.

Büttner, Fritz, Gottesberg.
Eckner, Alfred, Striegau, Ring 2, Musikw.
Fehst, Alfred, Gottesberg.
Güttler, O., Fellhammer, Musikw., Fahrr.
Hauke, G., Ob.-Waldbg., Chausseest. 29, Grph.
Hornig, Fr., Altwasser, vis-à-vis Bahnhof.
Käuner, Herm., N.-Hermsdorf.
Keltscher, Rich., Waldenbg., Cochlusstr. 1.
Mende, H., Waldenburg, Mühlenstr. 21.
Nerger, H., Waldenburg, Charlottenbgstr.
Schmidt, E., Hirschberg, L. Burgst. 19, Opt.
Siegel, H., & Sohn, Freiburg i. Schl.
Strauch, Carl, Gottesberg.
Thvrolf, A., N.-Hermsdorf 141.
Zinnecker, H., Gottesberg.

Putz, Wäsche u. Wollwaren.

Degwert, E., N.-Hermsdorf, Putz, Tapisserie
Dinter, A., Schürzenfabrik, Waldenburg.
Heinz, E., (Inh. M. Sontag), Altwasser.
Hesse, Max, Waldenbg., Freiburgerst. 4, Trikotagen, Strümpfe 2c.
Lewin, Martin, Waldbg., Gottbgst. 26, Wsch., Trikotg., Kurzw.
Nier, Oskar, Sortimentsgesch., Hint.-Fells.
Priebatsch, Jauer, Liegnitzerstr. a. Ring.
Sortimentsh. O. Finke, Jauer, Mode-Belge.
Zeitner, M., Altwasser, Damenputz, Herrenart.

Beilage zu Nr. 45 der „Volkswacht".

Dienstag, den 23. Februar 1909.

Die Erhöhung der preußischen Einkommensteuer.

Im Abgeordnetenhause dreht eine volksfeindliche Mehrheit in diesen Tagen eine weitere Steuerschraube, welche das Maß der reichsgesetzlichen indirekten Schröpfung voll machen soll. Am Freitag kam in dieser Beratung Genosse Hirsch zum Wort; wir geben seine sachlichen Ausführungen an dieser Stelle wieder:

„Meine Freunde sind an dem Kompromiß nicht beteiligt und wir sind nach reiflicher Ueberlegung zu dem Entschluß gekommen der Vorlage, wie sie aus der Kommission gekommen ist, unsere Zustimmung zu versagen. Zwischen der Regierungsvorlage und den Kommissionsbeschlüssen ist ein großer Unterschied; die letzteren bedeuten eine wesentliche Verschlechterung. Die Regierung hatte eine organische Regelung des Einkommensteuergesetzes vorgeschlagen und wollte erst die Einkommen von 7000 Mark an höher besteuern. Die Kommission ist dazu übergegangen, bereits die Einkommen von 1200 Mark an zu besteuern. Zunächst müssen wir bedenken, daß bei einer organischen Regelung der Einkommenbesteuerung auch die Möglichkeit gegeben wäre, die niederen Einkommen von 900—1200 Mark zu berücksichtigen. Ich habe in der Kommission einen entsprechenden Antrag gestellt. Ich sehe davon ab, ihn jetzt zu wiederholen, einmal weil er doch aussichtslos ist, und dann, weil wir auch eine organische Regelung nicht vornehmen. Wir halten aber dafür, daß bei einer solchen organischen Regelung die Belastung der Einkommen von 900—1200 Mark aufhören muß. Diese geringen Einkommen müssen vollkommen steuerfrei bleiben. Ich habe in der Kommission darauf hingewiesen, wie sehr seit Erlaß des Einkommensteuergesetzes die Kaufkraft des Geldes sich verringert hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn seiner Zeit ein Einkommen von 900 Mark als Existenzminimum gelten konnte, so ist das heute nicht mehr der Fall. Wenn man sich nun mit Steuerzuschlägen begnügt hat, so ist das umsomehr ein Mißstand, als dadurch die Kommunen in eine sehr unangenehme Lage versetzt sind. Hätten wir entsprechend der Regierungsvorlage die Steuern für Einkommen von 7000 Mark ab erhöht, so würden auch die Kommunen ganz von selbst dadurch eine erhebliche Mehreinnahme bekommen haben. Jetzt haben sie nicht nur keine Mehreinnahmen, sondern infolge der übrigen Beschlüsse, zum Beispiel bei der Lehrerbesoldung, eine ganz erhebliche Mindereinnahme. Auch durch die Erhöhung der Beamtenbesoldung werden die Kommunen gezwungen werden, ihre Beamtengehälter ebenfalls zu erhöhen. Die Folge wird sein, daß die Kommunen namentlich da, wo sie bisher nur 100 Prozent Kommunalsteuerzuschlag erhoben, gezwungen sein werden, darüber hinauszugehen, und weiter, daß ihr Selbstverwaltungsrecht noch mehr als bisher eingeschränkt werden wird. Diese Uebelstände hätte auch die Kommission berücksichtigen müssen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dazu kommt noch, daß die Kommunen nicht in der Lage sind, ihrerseits die Zuschläge progressiv zu gestalten. Wenn sie also infolge der neuen Gesetzgebung gezwungen sein werden, erhöhte Steuerzuschläge zu erheben, so sind sie genötigt, alle Einkommen, auch die unteren, gleichmäßig zu belasten. Bei einer organischen Regelung würde dieser Mißstand wegfallen. So erwächst aus den Beschlüssen der Kommission indirekt der ärmeren Bevölkerung eine ganz gewaltige Belastung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Gesellschaftssteuer ist bekanntlich gefallen, und ich würde nicht auf sie eingehen, wenn nicht einige Blätter über das Verhalten des sozialdemokratischen Vertreters in der Kommission die abenteuerlichsten Gerüchte verbreitet hätten. Es war da so hingestellt, als ob zwischen der Sozialdemokratie und den Konservativen ein Kompromiß abgeschlossen sei, einige Blätter sprachen schon von einem neuen Block. (Heiterkeit.) Ich habe bereits bei der ersten Lesung der Steuergesetze erklärt, daß wir dem Gedanken der Gesellschaftssteuer an sich sympathisch gegenüberstehen, daß wir aber unsere Zustimmung davon abhängig machen würden, ob die Besteuerung der Konsumvereine aus dem Gesetz wegfällt. Das habe ich in der Kommission beantragt. Es wurde beschlossen, und infolgedessen habe ich, getreu meiner hier dargelegten Auffassung, für den grundlegenden Paragraphen des Gesetzes gestimmt. Daß auch die Konservativen dafür gestimmt haben, ist nicht meine Schuld. Irgend welche Vereinbarungen darüber liegen nicht vor. Die Aufregung in der Presse zeigt, daß die Herren einerseits den Verhandlungen nicht aufmerksam gefolgt sind, und andererseits die Grundidee des Sozialismus nicht erfaßt haben. Denn die Gesellschaftssteuer liegt doch ganz in der Richtung dieser Idee. Besonders verwundert tut das „Berliner Tageblatt". Sie sehen, daß ich mich auch einmal gegen das „Berliner Tageblatt" ausspreche. (Heiterkeit.) Es meint: „Vielleicht erleben wir diese Assoziation zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken in Preußen noch häufig." (Zuruf rechts.) Das wird ganz von den Herren der Rechten abhängen, wenn Sie (nach rechts) uns folgen wollen, wir haben nichts dagegen. (Heiterkeit.) Die „Freisinnige Zeitung" schrieb: „Les extremes Sozialdemokratie besorgt." Nein, wir richten unsere Stellung die extreme Linke bei der Erledigung des Steuergesetzes in dieser Hinsicht mit der extremen Rechten übereinstimmte. Das ist kein Zufall. Auch hier wieder zeigt sich, wessen Geschäfte die Sozialdemokratie besorgt." Nein wir richten unsere Stellung zu der Steuerfrage lediglich nach unseren Grundsätzen ein. Wie recht wir mit unserem Eintreten für die Gesellschaftssteuer hatten, zeigt das Resultat der Kommissionsverhandlungen. Wäre die Gesellschaftssteuer Gesetz geworden, dann hätte sich die Kommission wohl nicht dazu entschlossen, mit den Zuschlägen bis auf 1200 Mark herunterzugehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Erfreulicherweise haben sich jetzt auch die Freisinnigen zu der Anschauung emporgerungen, daß es eine schreiende Ungerechtigkeit ist, wenn man bereits auf Einkommen von 1200 Mark Zuschläge legen würde. In der Kommission stimmten sie dafür. (Hört, hört! bei den Soz.) Nur der Vertreter der Polen und der Sozialdemokraten war dagegen. Trotzdem wird jetzt in einigen Zentrumsblättern das Märchen verbreitet, der Vertreter der Sozialdemokratie habe in der Kommission für die Belastung der Einkommen von 1200 Mark ab gestimmt. Diese Behauptung steht mit der Wahrheit in Widerspruch. Der Herr Finanzminister hat bereits ausgeführt, daß die Annahme unseres Antrages 7½ Millionen Mark Kosten verursachen würde. Die Rechnung bezweifle ich nicht, aber es fragt sich, ob es denn gar nicht möglich sein wird, die 7½ Millionen auf andere Weise aufzubringen. Wir haben ja nicht die Verpflichtung, der Regierung Vorschläge zu machen, wie sie ihre Steuern aufbringt. Aber wir haben trotzdem ein Uebriges getan und in der Kommission einen Weg gezeigt, auf dem es möglich wäre, die Summe ohne die minder Bemittelten und den Mittelstand zu belasten, aufzubringen. Ich habe in der Kommission eine Verdoppelung der Ergänzungssteuer beantragt. Der Antrag ist dort abgewiesen und würde wohl auch hier dasselbe Schicksal erleben. Jedenfalls kann ich eine Erhöhung der Ergänzungssteuer nur empfehlen. Sie können ihr umso eher zustimmen, da sie ja nicht kommunalsteuerzuschlagspflichtig ist. Der Antrag der Freisinnigen, der sich darauf beschränkt, die Vermögen von 1200 bis 3000 Mark zuschlagsfrei zu lassen, würde 3½ Millionen Mehrkosten verursachen. Falls unser Antrag abgelehnt wird, würden wir dem natürlich zustimmen. Ich hoffe, daß die anderen Herren die Wetterfreundschaft dann wenigstens so weit treiben, daß sie auch dafür stimmen. (Sehr gut! bei den Soz.) In der Kommission wurde ja sogar beantragt, die Einkommen von 900 bis 1200 Mark mit Zuschlägen zu belasten. (Hört, hört! bei den Soz.) Also Einkommen, die nach unserer Meinung nicht einmal das Existenzminimum darstellen. Diese Anträge sind um so auffallender, als ja in der ersten Lesung erklärt wurde, es sei eigentlich ungerecht, daß schon von 7000 Mark Zuschläge erhoben würden. Herr Wiemer sagte damals: „Wir glauben, daß auch bei einer Grenze von 7000 Mark solche Kreise des Mittelstandes in Betracht kommen, denen eine Steuererhöhung in diesem Augenblick außerordentlich schwer fallen würde, und für uns ist die Frage wohl erwägenswert, ob man nicht die Grenze hinaufsetzen sollte. Gegen eine Herabsetzung würden wir uns entschieden aussprechen." (Hört, hört! bei den Soz.) Ausgesprochen haben sich die Herren allerdings entschieden dagegen, aber gestimmt haben sie trotzdem dafür. (Sehr gut! bei den Soz.) Auch die Nationalliberalen äußerten sich damals ähnlich. Herr Dr. Friedberg sprach davon, daß die notwendige Schonung des Mittelstandes es gebiete, mit der Steuererhöhung erst über 7000 Mark zu beginnen. Ja, er sprach auch von einer Steuerfreiheit der Einkommen unter 1200 Mark. (Hört, hört! bei den Soz.) Sie sehen also, wie schnell die Herren ihre Anschauung geändert haben, wie sie in der Kommission plötzlich umgefallen sind und die geringeren Einkommen mit Steuerzuschlägen bedacht haben. Angesichts der ganzen Lage auf dem Wirtschaftsmarkt, angesichts der Tatsache, daß wir eine ungeheure Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben, daß allein in Groß-Berlin über 100.000 Arbeitslose sind, angesichts weiter der kolossalen Steigerung der Lebensmittelpreise, angesichts der gewaltigen Steigerung der Wohnungsmieten — namentlich in den Großstädten — ich sage, angesichts aller dieser Umstände ist es doch ein starkes Stück, nun noch mit den Steuerzuschlägen bis auf 1200 Mark herabzugehen. Was Sie hier beschließen wollen, bedeutet wirklich nichts anderes, als eine Besteuerung der Armen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nun wendet man ja ein, daß die Steuerzuschläge ganz minimal sind. Gewiß, ich gebe zu, daß sie absolut bei geringem Einkommen auch gering sind; wer 1200 Mark Einkommen hat, hat bei einem Zuschlag von 5 Prozent ganze 60 Pfennig zu zahlen. Aber Sie vergessen, daß es einem Familienvater mit 1200 Mark Einkommen weit schwerer fällt, die 60 Pfennig mehr im Jahre zu zahlen, als etwa einem Zensiten mit 10.000 Mark Einkommen, 30 Mark zu zahlen. Dann dürfen Sie auch nicht außer acht lassen, daß es bei den 60 Pfennigen nicht bleiben wird, sondern daß infolge der ganzen Gesetzgebung auch erhebliche Kommunalsteuerzuschläge hinzutreten werden. Dazu kommt ferner, daß gerade die kleinen Einkommen durch indirekte Steuern weit mehr belastet sind als die großen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich will Sie hier nicht mit Zahlen aufhalten, sondern mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit von der weiteren Beweisführung absehen. Ich nehme auch an, daß niemand diese Tatsachen bestreitet. Nun sagt man, in Preußen bringen wenig Wohlhabende fast die ganzen Steuern auf. Nach den Angaben des Herrn Finanzministers, die ich als richtig annehme, würden 0,37 Prozent der Bevölkerung fast zwei Drittel des Mehrbedarfs aufbringen. Das sind die Leute mit mehr als 20.000 Mark Einkommen. Aber ist das nicht die Pflicht der Leute mit einem so hohen Einkommen? Sie, die doch die größeren Rechte im Staate genießen, haben doch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, auch höhere Lasten zu tragen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn andererseits die Mehrzahl des Volkes eine geringere Summe aufbringt, so ist doch daran der Umstand schuld, daß die Armen und der Mittelstand heute bereits so reichlich mit Steuern und Abgaben bedacht sind, daß es einfach unmöglich ist, noch mehr aus ihnen herauszupressen. Gerade der Umstand, daß heute wenige Reiche die meisten Steuern aufbringen, zeigt, wie gewaltig die Konzentration des Kapitals in Deutschland vor sich gegangen ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nun beruft man sich auf das Kinderprivileg. Es hat ja zunächst etwas Bestechendes, wenn man hört, daß den Zensiten von 900 bis 3000 Mark durch das Kinderprivileg ein Geschenk von 0,3 Millionen gemacht werden soll. Der Herr Minister hätte aber uns näher angeben sollen, wie sich die Sache auf die einzelnen Steuerstufen verteilt. Im übrigen ist es klar, daß höchstens diejenigen Zensiten, die mit Kindern reich gesegnet sind, einen Vorteil von dieser Aenderung haben. Die Zensiten mit einem Kind haben sogar einen direkten Nachteil. Sie können in Zukunft nicht mehr wie bisher 50 Mark abziehen. Nun sagt man, es handelt sich nur um Zuschläge auf drei Jahre. Dabei zeigt sich aber gerade der Nachteil des Kompromisses. Denn es ist ganz klar, daß nach drei Jahren die Regierung mit der Aenderung des Tarifs bereits bei 1200 Mark und nicht, wie es der früheren Vorlage entsprochen hätte, bei 7000 Mark, anfangen wird, denn sie wird erklären: Innerhalb der drei Jahre haben sich die Steuerzahler von selber so schön daran gewöhnt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist übrigens interessant, daß sogar ein Blatt wie die „Deutsche Tageszeitung" bedauert hat, daß die Einkommen von 1200 Mark an mit der Steuererhöhung belegt werden. Die „Deutsche Tageszeitung" hat auch gewünscht, daß die größeren Einnahmen stärker zur Steuer herangezogen werden. Das ist ganz unsere Meinung. Auch in freisinnigen Kreisen hat sich eine lebhafte Opposition gegen die Beschlüsse der Kommission bemerkbar gemacht. Führende Männer der freisinnigen Partei sind mit der Haltung ihrer Freunde in der Kommission nicht einverstanden. Ich erinnere nur an einen Artikel des Abgeordneten Mommsen in der „Liberalen Korrespondenz". Heute haben ja nun die Freisinnigen einen Antrag gestellt, die Einkommen von 1200—3000 Mark von der Erhöhung auszunehmen. Ich möchte nur wünschen, daß es den Freisinnigen gelingt, die übrigen Herren des Kompromisses für ihren Antrag zu gewinnen. Das Kinderprivileg darf auf keinen Fall eine Beeinträchtigung des Wahlrechts im Gefolge haben. Wenn einem Zensiten die Steuer infolge des Kinderprivilegs herabgesetzt wird, so darf diese Herabsetzung nicht bei der Wahl in Betracht kommen, weder hier bei der Wahl für den Landtag, noch bei Kommunalwahlen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ist auch die Meinung der Kommission bei Beratung des Kinderprivilegs gewesen. Das Wahlrecht der ärmeren Klassen ist heute schon gering genug, sodaß es durch Steuergesetze nicht noch geschmälert werden darf. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Durch die Auskunftspflicht der Arbeitgeber über die Einnahmen der Arbeiter wird den Arbeitern ein schweres Unrecht angetan. Hier müssen wir auch für die Arbeiter das gleiche Recht verlangen, das für alle anderen besteht. Die Arbeiter müssen auf diese Weise jede einzelne Ueberstunde besteuern, während sonst Ueberstunden nicht als ein Verdienst angesehen werden, der zu versteuern ist. Diese Bestimmung der Auskunftspflicht der Arbeitgeber halten wir für eine so wichtige aus prinzipiellen Gründen, im Interesse der Schaffung eines gleichen Rechtszu-

---

Lobe-Theater.

„Die Liebe wacht."
Lustspiel von Caillavet und Flers.

In Deutschland wäre dies reizend-harmlose Lustspiel wohl weniger bekannt geworden, wenn ihm nicht eine wirksame Empfehlung mitgegeben worden wäre: Es ist in Frankreich mit dem Preis der Akademie gekrönt und danach hunderte Male aufgeführt worden. Außerdem soll einer der Verfasser ein Schwiegersohn Sardous sein. Aber der Stoff ist nicht derart, daß er überall so gut gefällt, wie in Paris, wenngleich die faulenzende Nichtstuerbande, in deren Kreisen das Stück spielt, bei uns so gut oder schlecht ist, wie in Frankreich und anderswo. Das Milieu des Stückes ist das der kapitalistischen Rentenverzehrer, und die Verfasser wissen zweifellos gut Bescheid im Leben der zahlungsfähigen Gesellschaft, in der nicht gearbeitet, sondern bloß ein inhaltsarmes Genußleben geführt wird. Wenn es ihnen trotzdem nicht gelingt, Menschen von Fleisch und Blut und Knochen, sondern nur oberflächliche Figuren auf die Bühne zu stellen, so deshalb nicht, weil in diesen Nichtstuerkreisen, von deren Ueberflüssigkeit die Welt nicht erst seit gestern überzeugt ist, es solche Menschen nicht gibt.

Der Inhalt des Stückes ist kurz der: Eine Frau, die ihren Mann wirklich innig liebt, kann ihm nie untreu werden, selbst wenn sie will, denn „die Liebe wacht", viel mehr wie die „Pflicht" des Pastors Schmidt. „Ein Weib kann nur durch Liebe geschützt werden. Nicht durch die, die sie weckt, sondern durch die, die sie erwidert. Die macht in ihr. Nur die Liebe schützt vor Liebe." So ungefähr heißt es einmal auf der Bühne, und es wird denn auch demonstriert, daß Frau Jacqueline, ein verückt-verliebtes Gänschen, ihren jungen Gatten, der sie mit einer seiner früheren Geliebten flüchtig hintergeht, trotz aller Wut und festen Vorsätze nicht betrügen kann. Sie rächt sich an seiner Untreue, indem sie sich in dem ideologischen Bücherwurm August Vernet ebenfalls einen Geliebten zuzulegen versucht. Der aber fängt, da er ein geborener Pechvogel ist, die Sache so dumm an, daß Frau Jacqueline anstatt süßer Ehebruchsfreuden den Weg zu ihrem Gatten unversehrt wiederfindet. Der junge Gelehrte August Vernet allerdings, den sie sich für den Schritt vom Wege ausgesucht hat, und der sie liebt, ist ein aus Deutschland bezogener, rührend unbeholfener Geselle. (Seine selbstbiographischen Bemerkungen, daß er im Leben, schon weil er August heiße, immer der Stationsbeamte sei, der nicht mitfahren darf, der Logenschließer, der das Stück nicht zu sehen bekommt — nebenbei kein guter Vergleich — wird übrigens bei Vielen Verständnis und melancholischen Wiederhall finden.) Der Ehemann verzeiht zum Schluß seiner Frau, daß sie die Erinnerung an die einstige Flamme und ihre Reize in ihm geweckt und ihn, dem vom Duft der Erinnerung Betäubten, förmlich zum Sündenfall verführt hat.

Das Stück ist im Dialog stellenweise geistreich, aber handlungsarm und mit dramatischen Effekten nur dünn gesät. Immerhin schaut dabei ein Blättlein Naturbeschreibung einer Klasse heraus, die uns so widerlich, wie uns feindlich gesinnt ist. Was dem Stück an fortschreitender Handlung fehlt, wird ersetzt durch eine Ausstellung saisonmodischer Kleider- und Riesenhutparaden, die im Parkett ein lautes „Ah" auslösten und wohl bereits Tagesgespräch auf allen „besseren" Kaffeeklatschen sein dürften.

Die Darstellung war, wenn auch etwas flotter hätte gemimt werden können, sehr gut. Herr Senius gab den zu Liebessachen gänzlich mißratenen Pechvogel und Bücherwurm mit außerordentlichem Geschick; für Frau v. Küstenfeld war das enfant terrible und verliebte Gänschen Jaqueline eine famose Bombenrolle, ebenso für Frl. Salta die würdige Marquise von Juvigny und für Frl. Hammer die üppige Geliebte des Gatten der Jaqueline. Daneben zeichneten sich trefflich aus Frl. Decarli als sentimentale Klavierlehrerin, Herr Anthony als liberaler Abbé und Herr Bowaez als verliebter Gatte. Die Regie (Herr Bonno) hatte es fast an nichts fehlen lassen, nur hätte sie den ersten Aktschluß nicht so verpuffen lassen dürfen, wie es am Sonnabend bei der Premiere geschah. r. a.

Breslauer Schauspielhaus.

„Der König."
Ein Spiel in 4 Akten von S. A. de Caillavet, Robert de Flers und E. Arène.

Den Stoff, den die französischen Theaterdichter — die beiden ersten sind dieselben, die auch vorstehend besprochenes Lustspiel: „Die Liebe wacht" verfaßt haben — hier zu bewältigen dachten, ist ein durchaus spröder. Möglich, daß sie glaubten besser zu tun, ihm deshalb gleich zu drei Mann auf den Leib zu rücken. Glück haben sie trotz ihrer Schneid nicht gehabt. Die Sache ist unterhaltend, man lacht aus Häßlichkeit mit, im allgemeinen wird man aber nicht warm. Die Autoren haben große Einsätze gemacht, das Ergebnis aber war eine Niete — trotz des französischen Milieus das in Deutschland immer noch seine ehrlichen Freunde hat. — Das Spiel soll dreierlei verspotten: das Operettenkönigtum der Mausefallenfürsten aus der Nachbarschaft von Montenearo, die Ministerstreber in der französischen Bourgoisierepublik Frankreich und zu guterletzt einen schwerreichen, Güter- und Fabrikengesegneten — sozialistischen Deputierten, der sich mit allen Fasern seines „ehrlichen" Herzens nach dem Ministersessel sehnt. Schließlich geschieht es unseren französischen Genossen schon recht, wenn sie sich wegen einzelner ihrer gewesenen Führer müssen verspotten lassen, die Sorte Ministersozialisten sind ja seit Millerand bis zum heutigen Tage noch nicht ausgestorben. Und weil der rabiateste Kollektivist von heute am anderen Tage beweisen konnte, daß er auch ein brauchbarer Geschäftsträger des Bürgertums sein konnte, so ist das ohne Zweifel ein Grund zum „sich lustig machen". Letzteres Sujet genügte allein für einen Abend und wir würden uns diebisch freuen, würde hier einmal tüchtig geschüttelt und gerüttelt. Aber „Der König" bietet zu viel auf einmal, und überdies verstehen die Autoren auch nicht ökonomisch mit ihrem Stoff zu wirtschaften. Sie werden da und dort zu breit, und müssen an anderen Stellen wieder gar zu flüchtig davon laufen. Daraus ergeben sich dramatische Schwächen, vor allem leidet aber der „französische Esprit". Trotzdem bleibt noch genug übrig, um sich so leidlich zu amüsieren. Wie sich in der französischen Republik die herumreisenden Lebekönige wohl fühlen, mit welchen Mitteln und durch welche Zufälle strebsame Kammerdeputierte — gleichviel ob Bürgerliche oder Sozialisten — an die Regierungskrippe gelangen, das wird hier und da ganz köstlich und frech verspottet. Im übrigen kamen alte und junge Lebegreise auf ihre Rechnung: Pariser Lieben und Leben wird ihnen sinnenfällig vorgeführt, Jupons, Kankan, mit einem Wort, das, was man das Vergnügen der Lebewelt nennt, wird im „König" möglichst plastisch skizziert.

Die Erstaufführung im Schauspielhaus wurde vom Publikum mit lautem Beifall begleitet. Augenblicklich entsprechen solche „Grotesken" dem Zeitgeschmack, und jede Direktion kommt diesem gern entgegen. Die warme Aufnahme wurde durch die Künstler vermittelt, die mit Eifer bei der Sache waren. Herr Landa als redebrechender König von Sordanien und Fräul. Tetzlaff als ehemalige Jou-Jou und spätere anständige Frau des sozialistischen Ministeranwärters standen im Mittelpunkt des Ensembles. Ihnen würdig an die Seite rückten Herr Klapproth als Sozialist Bourdier, Herr Gorter als Marquis und Herr Clodius als immer danebentappender Detektiv. Die Therese de Mernig wurde von einer Berliner Gastin, dem Fräulein Paula Reimann gespielt, deren Rolle aber entschieden mehr Temperament beansprucht. Alle die anderen, mittleren und kleineren Rollen wurden flott herunter gespielt und waren somit an dem Gesamterfolg dieser französischen Neuheit beteiligt. Die Regie arbeitete im allgemeinen gut. S.

landes für alle, daß wir bei jeder Gelegenheit den Antrag auf Beseitigung dieser Bestimmung wieder aufnehmen werden. Mit den Konservativen stehen wir auf dem Standpunkt, daß es Pflicht der Mehrheit des Hauses ist, auch für eine Deckung des Bedarfs für 1908 zu sorgen. Wenn Sie für 1908 Ausgaben machen, ist es nur logisch, wenn Sie als Mehrheitspartei nun auch die Schlußfolgerung daraus ziehen und sagen, dann müssen wir auch die Mittel aufbringen. Wir werden aber für den Antrag Hennigs auf Erhebung der Steuerzuschläge auch für 1908 nicht stimmen, denn Sie können nicht von uns verlangen, daß wir als Vertreter der Arbeiter einem Antrage zustimmen, der einen Zuschlag schon für die Einnahmen von 1200 Mark vorsieht. Lassen Sie die Steuererhebung erst von 7000 Mark eintreten, dann sind wir sehr gern bereit, für den Antrag zu stimmen. Hätten wir ein Wahlrecht, das der Bevölkerung die Möglichkeit gäbe, in der richtigen Weise an der Gesetzgebung mitzuwirken, dann könnten wir auch über Steuerbewilligungen reden. So aber wäre es von uns als den Vertretern der Arbeiterschichten Verrat an unseren Wählern, wenn wir auch nur einen Pfennig bewilligen wollten. (Sehr richtig! bei den Soz.) So lange das Klassenwahlsystem besteht, können wir der deutschen Regierung keine Steuern bewilligen. Wäre das allgemeine Wahlrecht eingeführt, könnten wir über die Bewilligung von Steuern reden. Vorläufig aber haben wir keine Veranlassung, der Regierung Steuern zu bewilligen. Wir sind deshalb nicht in der Lage, den Vorlagen zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Mögen sich die Steuerzahler an diese Stellungnahme der Sozialdemokratie erinnern, wenn im Mai zum ersten Male der Steuerzettel mit den ganz erheblich erhöhten Beiträgen in den Arbeiterwohnungen erscheint.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

86. Sitzung. Sonnabend den 20. Februar, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben.

Die

zweite Beratung der Steuergesetze

wird fortgesetzt.

Abg. **Herold** (Ztr.): Wir haben der Heranziehung der Einkommen von 1200 Mark ab zu den Zuschlägen zugestimmt, weil unser Antrag auf erhebliche Ausdehnung des Kinderprivilegs angenommen wurde. Auch ist erreicht worden, daß die Zuschläge keinen Einfluß auf das Wahlrecht haben. — Redner befürwortet des weiteren den Zentrumsantrag auf Besteuerung des ländlichen Grundbesitzes nach dem Ertragswert. Die Nachzahlung für 1908 wäre eine zu hohe Anforderung an die Steuerzahler. So schlecht sind auch unsere Verhältnisse nicht, daß wir auf die dadurch einzubringenden 30 Millionen nicht verzichten könnten. Dem sozialdemokratischen Antrage zum § 23 stimmen wir zu. Auf die Reichsfinanzreform will ich nicht eingehen. Eine Nachlaßsteuer wollen wir jedenfalls nicht, und ebensowenig eine Ausdehnung des Erbrechts auf die Descendenten und Ehegatten. Wir werden aber ebenso wie hier im Abgeordnetenhause fleißig mitarbeiten, daß auch im Reiche die Finanzverhältnisse gebessert werden.

Finanzminister v. **Rheinbaben**: Gegen den Antrag, den die Kommission angenommen hat, den Ertragswert bei landwirtschaftlichen Grundstücken für die Ergänzungssteuer zu Grunde zu legen, will ich lediglich mit Rücksicht auf das Kompromiß keinen Widerspruch erheben. Die Kommission hat beschlossen, die Steuer zu berechnen, nach dem Ertragswert, „den das Grundstück gewähren kann". Herr Herold hat aber nun für die dritte Lesung einen Antrag in Aussicht gestellt, wonach der Ertragswert zu Grunde gelegt werden kann, den das Grundstück „gewährt". Dagegen muß ich entschieden protestieren. Es kommt auf der Ertragswert an, der bei ordnungsmäßiger Wirtschaft gewährt werden kann. (Sehr wahr! links.) Entschiedenen Widerspruch muß ich auch erheben gegen den weiteren in Aussicht gestellten Antrag des Vorredners, daß noch ein „angemessenes Arbeitseinkommen des Bewirtschaftenden" abgezogen werden soll. Dadurch würde ein Vorrecht für die Landwirtschaft geschaffen, insbesondere für den Großgrundbesitz, dem ich bei allem Interesse für die Landwirtschaft nicht zustimmen kann. (Bravo! links.) Mit der Annahme eines solchen Antrages würde die ganze Deckungsfrage und damit die Verabschiedung der ganzen Beamtenbesoldungsgesetze in Zweifel gestellt werden. Wenn wir für die Landwirtschaft eine solche Ausnahme beschließen wollten, würde morgen das Handwerk und der städtische Besitz mit denselben Ansprüchen kommen. (Zuruf links: Mit mehr Recht!) Ich kann also nur dringend bitten, von solchen Anträgen abzusehen. (Lebh. Beifall links.)

Damit schließt die allgemeine Beratung.

In der Spezialberatung werden die ersten Paragraphen des Einkommensteuergesetzes nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Als § 20a hat die Kommission folgende Einschaltung beschlossen: Die in den §§ 19 und 20 (Kinderprivileg) gewährten Ermäßigungen bleiben außer Betracht bei Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge für Wahlzwecke. (Gesetz betreffend Aenderung des Wahlverfahrens 1893 und Gesetz betreffend die Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindewahlen vom 30. Juni 1900.)

Die Abg. **Borgmann** (Soz.) und Gen. beantragen, die eingeklammerten Worte zu streichen.

Abg. Graf **Grodben** (kons.): Wir lehnen den Antrag als zu weitgehend ab. Wir wollen, daß nur bei den Wahlen nach dem Dreiklassenwahlsystem das Kinderprivileg ohne Einfluß bleiben soll.

Abg. Frhr. v. **Zedlitz** (freikons.) hält den Antrag Borgmann für überflüssig, weil die Kommission nichts anderes wollte.

Abg. **Hirsch** (Soz.): Daß die Annahme unseres Antrages nicht überflüssig ist, ergibt sich schon daraus, daß Graf Grodben anderer Meinung über die Tragweite der Kommissionsbeschlüsse ist, als Freiherr v. Zedlitz. Es ist also durchaus notwendig, in dieser Frage Klarheit zu schaffen und das will unser Antrag. Wir wollen, daß nicht nur bei den Wahlen nach dem Dreiklassenwahlsystem, sondern auch dort, wo ein anderes Zensuswahlrecht besteht, das Kinderprivileg ohne Einfluß sein soll. In Schleswig-Holstein würden unter Umständen Zensiten, denen infolge einer hohen Kinderzahl die Steuer herabgesetzt ist, dadurch ihr Wahlrecht verlieren, wenn wir nicht die Berücksichtigung dieser Herabsetzung der Steuer bei den Wahlen ausschließen. Wenn sich nicht die übrigen Parteien der Auffassung des Freiherrn v. Zedlitz anschließen, muß ich Sie bitten, unserm Antrage zuzustimmen, damit der wirkliche Wille der Kommission zum Ausdruck kommt. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Keil** (natl.): Wir halten den Antrag der Sozialdemokraten für begründet, stellen aber fest, daß bei seiner Annahme der behauptete plutokratische Charakter des Wahlrechts erheblich herabgemildert wird.

Ein **Regierungskommissar** legt die Konsequenzen des Kommissionsbeschlusses dar. Seine Ausführungen bleiben auf der Tribüne unverständlich.

Abg. **Oerold** (Zentrum): Die Ansicht der Kommission war es in der Tat, daß durch ein Kinderprivileg das Wahlrecht in keiner Weise beeinträchtigt werden sollte, auch nicht bei der Zensuswahl. Im andern Fall würde das Kinderprivileg zu einem privilegium odiosum. Wir werden daher, um Klarheit zu schaffen, für den Antrag Borgmann stimmen. (Bravo! links.)

Finanzminister Freiherr **von Rheinbaben** bittet, es einstweilen bei dem Kommissionsbeschluß zu belassen und bis zur dritten Lesung nähere Aufklärung über die Tragweite des Beschlusses abzuwarten.

Abg. **Gyßling** (Freis. Vpt.) hält das nicht für notwendig, sondern stimmt dem Antrage Borgmann zu.

Der Antrag Borgmann wird hierauf gegen die Stimme der konservativen Partei angenommen. Beim § 23 wird der Antrag Borgmann, die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Angabe des Einkommens ihrer Arbeiter zu beseitigen, mit den Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen abgelehnt.

Im übrigen wird das Gesetz nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Hierauf wird die Gesellschaftssteuer ohne Debatte nach dem Beschlusse der Kommission abgelehnt.

Es folgt die

Beratung des Mantelgesetzes,

soweit es sich auf die Steuern bezieht. Dazu liegt ein Antrag der Konservativen vor, die Steuerzuschläge von den Einkommen von 1200 Mk. an auch für 1908 nachträglich zu erheben.

Die Abg. **Borgmann** (Soz.) und Genossen beantragen, daß die Steuerzuschläge erst erhoben werden von 7000 Mk. ab (vom 1. April 1909 ab).

Die Abg. **Gyßling** (Freis. Vpt.) und Genossen beantragen, die Zuschläge erst von 3000 Mk. an beginnen zu lassen und die Gesellschaften m. b. H. in Bezug auf die Besteuerung mit den physischen Personen gleichzustellen.

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.) bedauert, daß der Finanzminister, entgegen dem Kompromiß, sich für die Zuschläge für das Jahr 1908 ausgesprochen hat. Sollte dieser Antrag der Konservativen angenommen werden, so würden seine Freunde in der dritten Lesung für den Antrag Gyßling, der ihnen sehr sympathisch sei, stimmen.

Abg. **v. Trotz** (kons.) wendet sich gegen den Antrag Borgmann. Die Herren Sozialdemokraten betonen immer ihr Interesse für die niederen Beamten, bringen aber hier einen Antrag, dessen Annahme zweifellos das völlige Scheitern der Vorlage bedeuten würde. Also ihr Parteiinteresse scheint doch stärker zu sein, als das Interesse für die Beamten.

Abg. **v. Hennigs**-Techlin (kons.) bestreitet, daß die Konservativen mit ihrem Antrag das Kompromiß verletzt hätten. Die Deckung für 1908 hat jedenfalls mit der Regelung der Steuern vom 1. April 1909 ab nicht das geringste zu tun. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. **Röchling** (natl.): Formell berührt sich das Kompromiß allerdings nicht auf die Frage der Nachzahlung für 1908. Es hat sich aber unter den bürgerlichen Parteien mehr und mehr die Ansicht verbreitet, daß die Regierung ernstlich die Zuschläge für 1908 garnicht verlangt. (Zuruf rechts.) Das mag ein Fehler der Regierung sein, aber es ist nicht Sache des Parlaments, der Regierung Steuern aufzudrängen, die sie nicht braucht. (Sehr richtig! links.) Die prinzipiell ablehnende Haltung, die Herr Hirsch in der Kommission zu den Steuern eingenommen hat, ist ja ganz konsequent. Herr Hirsch sagte, es hieße, dem Feinde Munition liefern, wenn sie dem Staate die Mittel an die Hand geben wollten, die er braucht, um die Beamten zu besolden. (Widerspruch b. d. Soz.) Das ist doch die Konsequenz ihrer Auffassung. Wenn Sie sich im Gegensatz fühlen zum Staat, so müssen Sie sich auch im Gegensatz zum Beamtentum fühlen, das ein wesentlicher Bestandteil des Staates ist. Redner spricht sich des weiteren für den Antrag auf Gleichstellung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit den physischen Personen aus.

Abg. **Gyßling** (freis. Vpt.) befürwortet die freisinnigen Anträge.

Abg. **Hirsch** (Soz.): Ich habe die Stellung meiner Freunde gestern so unzweideutig und ausführlich dargelegt, daß ich glaubte, es wäre heute nicht nötig, darauf zurückzukommen. Ich will nur kurz Herrn Röchling auf seine Anträge erwidern. Wenn es sich bei der Bewilligung von Staatsmitteln nur um die Beamtenbesoldung handelte, so würden wir dafür stimmen, vorausgesetzt, daß die Bewilligung in einer Weise und Höhe erfolgt, die wir für richtig halten. Ich habe in der Kommission schon betont, daß wir, unseren Grundsätzen entsprechend, prinzipiell dem heutigen Junkerstaate nichts bewilligen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Unsere Taktik ist so klar, daß die Beamten, die nachzudenken wissen, sie auch verstehen werden. Wir haben es wirklich nicht nötig, um die Gunst der Beamten zu buhlen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Solange wir infolge des Dreiklassenwahlrechts hoffnungslos in der Minderheit sind, ist es nicht unsere Pflicht, für die Beschaffung von Deckungsmitteln zu sorgen. Wenn Herr Röchling ebenso konsequent wäre wie wir, so müßte auch er der Regierung nicht die Mittel bewilligen, solange sie nicht das Wahlrecht gibt, das er wünscht. Wir fassen eben den Kampf um das Wahlrecht etwas ernster auf als die bürgerlichen Parteien. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Röchling** (natl.): Die Beamten können doch nichts dafür, daß wir das allgemeine Wahlrecht in Preußen nicht haben. Es ist also nicht richtig, sie hier dafür zu bestrafen. Den Vorwurf, daß wir um die Stimmen der Beamten buhlen, lehne ich ab.

Abg. **Hirsch** (Soz.): Wenn Herr Röchling es täte, als auch wir die Beamten dafür bestrafen wollten, daß in Preußen das allgemeine Wahlrecht nicht eingeführt ist, so heißt das, die Logik vollkommen auf den Kopf stellen. Ich verzichte darauf, Herrn Röchling auf diesem Gebiete weiter zu folgen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag von **Hennigs** auf nachträgliche Erhebung der Steuerzuschläge für 1908 wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt. Danach werden auch die freisinnigen und der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Angenommen wird ein konservativer Antrag, der die Gesellschaften m. b. H. um die Hälfte geringer besteuern will, als die Kommission festgesetzt hat.

Im übrigen wird das Mantelgesetz nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Landwirtschaftsetats.

Beim Titel „Ministergehalt" beklagt:

Abg. **von Kessel** (kons.) die Hochwasserschäden und den ländlichen Arbeitermangel. Zu begrüßen sind die Versuche, die Elektrizität in größerem Maße in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen. Redner kritisiert die Etatsüberschreitungen bei diesem Etat. Sie bedeuten, daß entweder der Etat zu knapp bemessen ist, oder daß nicht sparsam gewirtschaftet wird.

Abg. Graf **Spee** (Zentrum) klagt über Verunreinigung von Flüssen im Westen durch industrielle Anlagen. Bei der Kaisergeburtstagsfeier der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin hat ein königlich preußischer Hochschullehrer für den Monismus Propaganda gemacht unter unglaublichen Ausfällen gegen eine politische Partei. Der Landwirtschaftsminister möge dafür sorgen, daß ein solcher Vorgang sich nicht wiederholen kann. (Abg. **Hoffman**: Der Mann muß geviertelt werden! Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Crüger** (Freis. Volksp.): Man kann von einem Naturforscher nicht verlangen, daß er bei einer Kaisergeburtstagsfeier seine Ueberzeugung verleugnet. Es ist besser, er hält eine solche Rede, als daß er Byzantinismus treibt. (Bravo! links.) Redner wendet sich des weiteren gegen den Beschluß des deutschen Landwirtschaftsrates, wonach zur Ausbreitung der Anwendung elektrischer Kraft auf dem Lande Mittel von der Zentralgenossenschaftskasse zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Kasse hat nur den Zweck, Personalkredit zu geben. Von einer Not der Landwirtschaft kann heute nicht mehr die Rede sein. Bedenklich ist allerdings die fortgesetzte Steigerung der Güterpreise, die zu einer Verschuldung der Landwirte führen muß. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. **Heydweiler** (natl.) verlangt, daß die Versicherungsanstalten Gelder in kleinen Rentengütern anlegen, und die Anwendung des Erbbaurechts für diese Rentengüter.

Landwirtschaftsminister v. **Arnim**-Criewen glaubt, daß die Entschuldungsfrage nicht ohne Mithilfe der Genossenschaften zu lösen ist. Ein gewisser Prozentsatz ihrer Mittel kann wohl in Hypotheken festgelegt werden ohne ihre Liquidität zu gefährden. Natürlich ist dabei große Vorsicht geboten. Was die Ueberschwemmungen anlangt, so wird die Stockung an der Elbe hoffentlich in drei bis vier Tagen beseitigt sein. Bei der Konzessionierung von industriellen Anlagen auf dem Lande sollen in

Aus aller Welt.

Neue Hochwasserschäden in der Altmark. Die zweite Hochwasserwelle hat am Sonnabend Morgen Seehausen erreicht. Das Wasser ist wieder um 2½ Meter gestiegen, infolgedessen sind noch einige Straßen unter Wasser gesetzt worden. Der Verkehr wird durch Pioniere aufrecht erhalten, die mit ihren Kähnen rings um die eingeschlossene Stadt von Straße zu Straße fahren. Auf dem Seehauser Friedhof hat die Flut gewütet. Alte steinerne Grabdenkmäler sind umgestürzt, die Grabhügel geschleift, Bäume und Sträucher entwurzelt. Eine Brücke über den Aland wurde von den Pionieren in die Luft gesprengt und der Alanddamm durchstochen, damit Wasser und Eisschollen freien Abfluß haben. In Osterburg ist das Wasser bis heute Morgen um einen Meter gefallen. Das städtischen Werben dagegen ist durch den veränderten Lauf der Elbe gänzlich von der verheerenden Flut eingekreist. Nachdem jetzt die meisten Bewohner der überschwemmten Ortschaften und das Vieh von den Pionieren, die ohne Unterbrechung die überschwemmten Gehöfte der Wische absuchten, in Sicherheit gebracht worden sind, beginnen die Pioniere jetzt das tote Vieh, das nach Tausenden zählt, aus den wasserdurchspülten Ställen herauszuziehen, zu verladen und dem Abdecker des Stendaler Kreises zuzuführen. In einigen Ortschaften ist die Luft durch die verwesenden Kadaver verpestet. Auch ein hässliches Wahrzeichen ist eine Beute der Fluten geworden. Es ist der in der Altmark allbekannte Wegweiser, der am Kreuzwege der Chausseen bei Heidepolkritz steht und von Napoleon im Jahre 1806 errichtet wurde. An dem Wegweiser, den Wind und Wetter bereits arg mitgenommen hatten, befand sich ein Verzeichnis der Entfernungen nach Berlin, Paris, London, Wien und Petersburg.

Die unglücklichen Bewohner des verheerten Landstrichs tragen ihr Geschick mit wortloser Trauer, und sind nur mit Widerstreben zum Sprechen zu bewegen. Wir geben nach dem „Berliner Tageblatt" folgende Leidensgeschichte einer Bauernfamilie wieder. Die Frau erzählte: Eines Morgens kam der Deichhauptmann. Er riet ihrem Mann, das Vieh in Sicherheit zu bringen, weil es am Abend Hochwasser gäbe. Sie glaubten es nicht und legten sich Abends zur Ruhe. In der Nacht wurden sie durch ein ungewöhnliches Brausen geweckt. Der Mann sah zum Hofe hinaus. Die Wellen klatschten schon gegen die Viehställe. Sie kleideten sich schnell an und wollten das Vieh retten. Zu spät. Von allen Seiten rollten die Wogen heran; in kurzer Zeit stand das Wasser einen Meter hoch. Es floß gluckend über die Haustürschwelle in Stube und Küche. Die Frau nahm ihre drei Kinder, und mit ihrem Manne ging sie in das obere Stockwerk. Vor Angst schlossen sie sich ein. Immer gewaltiger wurde das Brausen und immer heftiger der Sturm; er schlug die Fensterläden und Stalltüren hin und her, bis die Flut sie aus den Angeln hob und davonführte. Das rasende Wasser zerbrach die Fensterscheiben, Eisschollen zerschmetterten die Fensterkreuze. Im Hofe, in den Ställen, in jedem Zimmer des Hauses hörten sie das Gurgeln des Wassers. Die Kinder schrien, das ertrinkende Vieh brüllte. Höher stieg die Flut. „Wir krochen die kleine, schmale Holztreppe hinauf, und nicht lange dauerte es, da spritzte es durch die Ritzen der morschen Tür. Schleunigst retteten wir uns auf den Boden. Aus der Dachluke sahen wir, wie ein Stück unseres Mobiliars nach dem anderen von den Wogen aus den Stuben und Ställen herausgewühlt wurde und vor unseren Augen über den Hof davontanzte. So saßen wir den ganzen Tag und die folgende Nacht bangend und frierend, bis wir am anderen Vormittag von den Pionieren gefunden und nach Osterburg gebracht wurden."

Die von ihren Streifen durch das Wassergebiet und die Eisfelder zurückkehrenden Pioniere erzählen, daß viele Gehöfte dem Wasser und den Eisschollen nicht standhalten können; sie zerfallen nach und nach. Was am Tage Wasser und Eisschollen nicht vernichtet haben, das holt sich der Sturm in der Nacht. Stellenweise steht das Wasser fünf Meter hoch.

So große Wassermassen, wie sie sich jetzt verderbenbringend über die Altmark dahinwälzen, hat das Land seit einem halben Jahrtausend nicht gesehen. Das Hochwasser vor 55 Jahren und die früheren Wasserkatastrophen waren Kinderspiele gegen das Unglück dieses Jahres. Mitte des vierzehnten Jahrhunderts herrschte nach amtlichen Urkunden eine Wassersnot, die der jetzigen vielleicht gleich kam. Der Elbdeich bei Hämerten barst damals, die Stadt Stendal und das gesamte Gebiet der Uchte und Biese wurde meterhoch unter Wasser gesetzt. Zum Wahrzeichen dieser fürchterlichen Ueberschwemmung ist jetzt noch in der alten Marienkirche in Stendal ein Fisch an einer Kette an einem Kirchenpfeiler befestigt, der den damaligen Wasserstand anzeigen soll. Im Jahre 1483 durchbrach der Elbdeich und vernichtete einen großen Teil der Städte Seehausen, Osterburg und Werben; nachdem sich im Frühjahr das Wasser verlaufen hatte, suchte das Land eine Seuche heim, die durch vom Hochwasser hervorgerufene Fäulnis entstanden war.

Einbruch eines Dammes. Als vorgestern Nachmittag Arbeiter bei den Aufräumungsarbeiten bei Gelsenkirchen den Damm des neuen Emscherbettes mit einem Rollwagen befuhren, brach der Boden des unterspülten Dammes ein und begrub die Arbeiter. Drei wurden auf der Stelle getötet, mehrere schwer verletzt.

Frauenrache. Auf sonderbare Weise suchte in Niederschönhausen bei Berlin die Frau Kohlmann ihren Geliebten, der sie nicht heiraten wollte, Rache zu nehmen. Sie übergoß seine Wohnung mit Petroleum und brachte außerdem eine Kiste mit Pulver zur Explosion. Infolge der Explosion wurden Fenster und Türen herausgerissen, doch sind Personen nicht verletzt. Die Frau wurde verhaftet.

Die Zahl der Bergleute, die bei der Katastrophe auf dem West-Stanley-Schachte umgekommen sind, soll nach den neuesten Feststellungen 163 betragen. Von den Leichen sind bis jetzt 128 geborgen. Ursprünglich hatte die Verwaltung die Zahl der Vermißten nur auf 105 angegeben.

Eingebrochen und ertrunken. Aus Papenburg a. Ems wird berichtet: In Burlage haben vier Schulkinder, ein Knabe und drei Mädchen, auf dem Heimwege das morsche Eis des Tiefs betreten und sind eingebrochen. Der Knabe konnte sich retten, aber die drei Mädchen ertranken. Die Leichen wurden geborgen.

Ein weiblicher Schmiedemeister. An dem Buchführungskursus für Handwerker in der Handwerkerschule in Bernburg beteiligte sich unter anderen auch ein „Fräulein Schmiedegeselle". Diese Dame, Fräulein Pauline Sonntag aus Ballenstedt, hat vor einiger Zeit ihr Examen als Geselle abgelegt und will es zum Schmiedemeister bringen.

Vom Grubenunglück in West-Stanley. Bis jetzt sind 94 Leichen aus dem Schacht der West-Stanley-Kohlengrube ans Tageslicht befördert worden. Wie der Eigentümer der Zeche „Burns" mitteilt, ist anzunehmen, daß die Anzahl der Toten 150 erreichen wird.

Humoristisches.

Ein idealer Beruf. „Nun, was will denn Ihr Sohn werden?" — „O, das ist ein Schwärmer! Sein Ideal wäre es, einen Beruf zu haben, der es ihm ermöglicht, seine Mitmenschen zu beglücken, ihnen Gutes und Liebes zu erweisen, Trost zu spenden, Hilfe zu bringen. Er möchte, wo er hinkommt, die Herzen jubilieren und die Augen leuchten machen, in trübe Mienen ein frohes Lächeln zaubern!" — „Wissen Sie was, lassen Sie ihn Geldbriefträger werden!"

Zukunft im Vorverfahren landwirtschaftliche Beamte gehört werden. Ueber die Ausgestaltung des Erbbaurechts schweben mit dem Reichsamt des Innern Verhandlungen.

Abg. Dr. **Heisig** (Zentrum) befürwortet einen Antrag auf gesetzliche Neuregelung des Taxwesens namentlich in landwirtschaftlichen Angelegenheiten.

Abg. Graf **Spee** (Zentrum): Es handelt sich bei meiner Kritik nicht um die Weltanschauung des Herrn Plate, sondern darum, daß er seine Rede bei einer patriotischen Feier hielt, wo Angehörige aller Parteien anwesend waren. Das war eine Takt- bezw. Rücksichtslosigkeit. Er sagte zum Beispiel, wenn man für eine einheitliche Weltanschauung — das ist der Monismus — eintritt, so wird man als Atheist verschrien. So wenig theologisches Verständnis herrscht auf der Redaktionsstube der „Kreuzzeitung". Ueber das Zentrum sagte er, niemand kann zwei Herren dienen. So lange Staat und Kirche nicht völlig getrennt sind, wird es stets Staatsbürger geben, welche im Falle eines Konfliktes zuerst der Kirche dienen. (Sehr gut! bei den Soz.) Für Sie (zu den Soz.) hat er auch etwas übrig. (Heiterkeit.) Er sagte: Ich würde mich nie genieren, in einem sozialdemokratischen Verein über Darwinismus zu reden. Das wäre die beste Gelegenheit, der verderblichen Irrlehre entgegenzutreten, daß eine allgemeine Gleichheit der Menschen auch nur annähernd erreicht werden kann. Dem Zentrum wirft er noch vor, daß es die Interessen Roms immer höher gestellt habe, als die Interessen des Vaterlandes. Ich würde mich freuen, wenn der Herr Minister sein Nichteinverständnis mit diesem Vorgehen ausdrücken würde. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. **Kreth** (kons.): Entsprechend unserer allgemeinen Haltung können wir uns den Ausführungen des Vorredners nur anschließen. Professor Plate ist schon genug dadurch gestraft, daß er den Beifall des Herrn Borgmann gefunden hat. (Heiterkeit rechts.)

Landwirtschaftsminister **v. Arnim**-Criewen erklärt, daß er das Auftreten des Professor Plate bei der erwähnten Gelegenheit nicht billigen könne. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt:

Abg. **Borgmann** (Soz.): Herrn Kreth erwidere ich, daß Vernunft und Einsicht bei uns immer eine Stätte finden; Herr Kreth wird natürlich niemals in diese Verlegenheit kommen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. **Kreth** (kons.): Auf die letzte Bemerkung kann ich nicht antworten, da ich ihren tiefen Sinn nicht verstanden habe. (Lachen bei den Soz.)

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Landwirtschaftsetats.)

Schluß 4¾ Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Der beleidigte Reichsverband. Der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung", Genosse Hey, wurde vom Kieler Schöffengericht wegen Beleidigung des Reichsverbandsmitgliedes Bähre-Rendsburg zu 150 Mark Strafe verurteilt. Hey hatte in einer Notiz aus Heide erwähnt, daß „der Reichslügenverband in diesem Ort eine Geschäftsstelle errichtet habe". Weiter hieß es in dem Artikel in einem vollständig von obiger Mitteilung getrennten Satz: daß der Sekretär Bähre einen Vortrag in der Gründungsversammlung gehalten habe. Das Gericht konstatierte eine Verbindung zwischen beiden Sätzen und fand darin eine Beleidigung des Bähre, die mit 150 Mark Strafe geahndet werden mußte.

Den Antrag des Verteidigers, Beweiserhebung darüber zuzulassen, daß der Reichsverband wegen seiner verlogenen Machinationen tatsächlich den Namen „Reichslügenverband" verdiene, lehnte das Gericht mit der Begründung ab, daß der Verband nicht dafür verantwortlich gemacht werden könne, wenn einzelne seiner Redakteure und Agitatoren über die Schnur hauen.

Der Parteiskandal in Pankow. Der Vorstand des Wahlkreises Niederbarnim hatte zu Donnerstag Abend eine Versammlung des Ortsvereins Pankow einberufen, um den Mitgliedern Aufschluß zu geben über die Gründe, die zur Absetzung des Vorstandes des Ortsvereins geführt haben. Dem Kreisvorstand wurde der Zutritt unter der Androhung der Requirierung der Polizei verweigert. Nur eines der Vorstandsmitglieder wurde zugelassen. — Die Versammlung erklärte, sich nicht fügen zu wollen. Auf das hin erklärte der Kreisvorstand den Ortsverein für aufgelöst. Es sind bereits Schritte im Gange, um eine neue Parteiorganisation in Pankow ins Leben zu rufen.

Ausschluß aus der Partei. Der seitherige Vorsitzende des Ortsvereins Pankow, der Kassenbeamte Röber wurde von der Kontrollkommission einstimmig aus der Partei ausgeschlossen. Die Kontrollkommission hat die Ueberzeugung erlangt, daß in den Handlungen Röbers eine planmäßige fortgesetzte Schädigung des Ansehens und der Aktionsfähigkeit der Partei zu erblicken ist.

Von der italienischen Wahlbewegung. Der Genosse Bissolati hat nunmehr die Kandidatur im 2. römischen Wahlkreise endgültig angenommen; er findet die Unterstützung aller demokratischen Parteien, nachdem Vanni und Caruso, die Kandidaten der Republikaner und Demokraten, sich zugunsten Bissolatis zurückgezogen haben. Der Gegenkandidat ist Santini. Auch in den übrigen römischen Wahlkreisen haben sich die früheren Blockparteien wieder zu einem Wahlbündnis zusammengefunden, um die Kandidatenfrage gemeinsam zu lösen und ihre Kraft gegen die Parteien der Rechten zu wenden. Die Aufstellung Bissolatis wurde in einer Versammlung vollzogen, in der er selbst nicht anwesend war. Die Menge zog sodann nach der Redaktion des „Avanti", wo sie Arbeiterlieder anstimmte und begeisterte Hochs auf die sozialistische Bewegung ausbrachte.

Arbeiterbewegung.

Weberaussperrung. Die Aktienweberei Schwartz u. Co., Gräfrath bei Krefeld, sperrte ihre sämtlichen Weber und Weberinnen und einen Teil der Hilfsarbeiterinnen, zirka 300 an der Zahl, aus. Die Aussperrung war die Antwort darauf, daß 56 Weber der Teppich-Branche die Kündigung wegen Ablehnung einer 25- bis 30 prozentigen Lohnreduktion einreichten. Die Firma versucht bereits zum vierten Mal innerhalb Jahresfrist, eine Lohnreduktion durchzubringen. Die Belegschaft ist ziemlich vollständig organisiert, teils im „Deutschen Verband", teils im christlichen. Die Firma stellt sich auf den Herrenstandpunkt und lehnt jede Verhandlung mit den Verbandsleitungen ab.

Die Granitsteinmetzen der „Deutschen Steinindustrie" in Reichenbach im Odenwald stehen der unerhörten Lohnabzüge wegen seit Jahresbeginn im Streik. Herr Römer, der Leiter dieses Etablissements, hat an die Steinmetzmeister und Bildhauer Deutschlands ein Rundschreiben erlassen, in dem er herzbeweglich um Steinhauer bittet. Er behauptet darin unter anderem: „Die Werkstätten sind modern, massiv gebaut, im Winter sogar geheizt. Unsere Leute verdienen laut berufsgenossenschaftlichem Ausweis 4 Mark bis 5,50 Mark (hierzu bemerkt die Streikleitung: „Die meisten Arbeiter aber weniger"). Wir bitten, vorsprechenden Steinmetzen zu sagen, daß sie, ehe sie nach Reichenbach reisen, an unsere Firma schreiben sollen. Wir geben dann die Züge an. Die Zugereisten holen wir selbst ab. Damit soll vermieden werden, daß die Leute von den herumstehenden, in unserem Geschäft nicht mehr tätigen Steinmetzen vor jeder Belästigung geschützt sind. In der Erwartung usw. J. A.: Josef Römer."

Die Löhne waren hier so gering, daß nur die bedürfnisloseren Odenwald-Arbeiter mit ihrer angeborenen Sparkunst auskommen konnten; deshalb sollte sich kein Steinmetz nach diesem Eldorado durch hochtrabende Redensarten verlocken lassen. Erwähnenswert ist noch, daß die hiesigen Einwohner mit den Streikenden sympathisieren; trotzdem es hier 15 Wirtschaften gibt, konnten Streikbrecher im Ort kein Quartier finden.

Nachprüfung der Arbeitslosenzählung bedauert die „Konservative Korrespondenz". Sie nennt die von der Berliner Arbeiterschaft veranstaltete Arbeitslosenzählung einen „tendenziösen Humbug ärgster Sorte". Und sie fährt fort: „Man könnte nur wünschen, daß eine behördliche Nachprüfung der Hauslisten ins Werk gesetzt werden möchte. In Halle sei bereits einmal eine behördliche Nachprüfung der Arbeitslosenzählung vorgenommen und dabei großer Schwindel aufgedeckt worden. Es würde also im Interesse der Sache liegen, wenn wenigstens stichprobenweise auch in Berlin eine solche amtliche Kontrolle erfolgte."

Die Berliner Gewerkschaften und die Partei, die die Verantwortung für die Richtigkeit der Arbeitslosenzählung tragen, hätten eine solche amtliche Kontrolle sicher nicht zu fürchten. — Vorausgesetzt, daß sie nicht nach einem ähnlichen famosen System vorgenommen würde, nach dem die Berliner Stadtverwaltung ihre Arbeitslosenzählung stattfinden ließ.

Bloßsinn ist es natürlich, wenn die „Konservative Korrespondenz" den Tausenden von arbeitslosen Frauen und Mädchen den Rat gibt, die Berliner „Dienstbotennot" zu vermindern. Das könnte den „anädigen Frauen" gerade passen, daß ihnen die wirtschaftliche Not billige Haussklaven in die Hände triebe.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. Februar.

Geschichtskalender.

23. Februar.

1855 Der Mathematiker und Astronom Friedrich Gauß †.
1895 Wilhelm II. nennt den Antrag Kanitz Brotwucher.

Die Verunglückten der Königlichen Eisenbahndirektion Breslau.

In der letzten Sitzung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung lagen 21 Streitsachen zur Entscheidung vor. Es handelte sich hauptsächlich um Verkürzung beziehungsweise Entziehung der Rente, wie die Eisenbahndirektion sie von Zeit zu Zeit vornimmt. Nur unter zwei oder drei Fällen entschied das Schiedsgericht zugunsten der Verletzten, in allen übrigen im Sinne der Eisenbahnverwaltung! Einige Fälle führen wir an:

Der ehemalige Hilfsbremser Brzik ist im Jahre 1904 im Betriebe schwer verunglückt, er erlitt eine Quetschung des Schultergelenks. Die Bahn bewilligte ihm eine Unfallrente von 50 Prozent. Der Mann, der jetzt 61 Jahre alt ist, hat viele Jahre in Diensten der Bahn gestanden, er ist arbeitsunfähig und bat daher, ihm neben der Unfallrente auch die Invaliden-Rente zu gewähren. Die Aerzte halten ihn aber nicht erwerbsunfähig im Sinne des Invalidengesetzes, bei seinen 67 Jahren sei er verhältnismäßig noch sehr rüstig und kräftig und könne das gesetzliche Drittel von 305 Mk. im Jahre immer noch durch Boten-Dienste oder als Aufseher ꝛc. verdienen. Der Mann wurde mit seinem Gesuch abgewiesen!

Ein Arbeiter Fuchs ist total schwerhörig und vollständig nervenzerrüttet, auch er bittet um die Invalidenrente. 14 Jahre hat er der Bahn Dienste geleistet, jetzt aber ist er arbeitsuntauglich. Die Aerzte sind von seiner Invalidität nicht überzeugt und so erfolgte Abweisung!

Der Kesselschmied Gruner hat für den erlittenen Unfall, Quetschung des Schultergelenks und noch andere Verletzungen, anfänglich eine Unfallrente von 40 Prozent bezogen. Der Verletzte behauptete, daß er noch sehr schwach sei und den Arm nicht heben könne, aber der Vertrauensarzt Dr. Stempel war mit den Aerzten der Heilanstalt der Meinung, daß 25 Prozent vollständig ausreichend seien. Die Rente wurde demzufolge auf 25 Prozent herabgesetzt.

Der Arbeiter Günther hat im Betriebe einen heftigen Schlag mit einem schweren Gegenstand auf die Stirn erhalten, es wurde ihm eine Rente von 33⅓ Prozent bewilligt, die jetzt nach einem Gutachten von Dr. Bogatsch in Wegfall kommen soll. Der Vertreter des Klägers, Arbeitersekretär Gebhardt, bemerkte demgegenüber, daß der Bahnarzt Dr. Neufließ noch einen Monat vor der Untersuchung in der Heilanstalt den Mann für noch 33⅓ Prozent erwerbsunfähig gehalten hat. In so kurzer Zeit könne der Mann doch nicht vollständig seine Gesundheit erlangt haben. Der arme Mensch leide an Kopfschmerzen, was doch, wenn jemand einen Schlag vor den Kopf erhält, ganz erklärlich sei. Wenn auch keine sichtbaren Folgen mehr vorhanden sind, so können aber innerlich noch solche bestehen. Deshalb sei die Einholung eines Obergutachtens notwendig. Dr. Stempel vertrat indessen (natürlich!) den Standpunkt der Anstaltsärzte. Die Rente wurde dem Armen denn auch entzogen.

Eine interessante Streitsache ist noch die des technischen Bureaugehilfen Nickau. Dieser Mann führt sein schweres Nervenleiden auf einen Unfall zurück, den er, wie er angibt, im Jahre 1904 erlitten hat. Bei Vermessungsarbeiten sei er von einem Felsen herabgerutscht oder abgestürzt. Er hat der Sache keinen Wert beigelegt, weil sich keine Folgen einstellten und deshalb auch keine Anzeige erstattet. Im Laufe der Zeit aber hätten sich schlimme Krankheitserscheinungen eingestellt, die ihn nötigten sich in eine Krankenanstalt zu begeben. Hier sei ihm vom Arzt gesagt worden, daß sein Leiden auf eine Wirbelsäulenverletzung zurückzuführen sei. Das Schiedsgericht gab der Klage nicht statt.

* **Eine bangewerbliche Streitsache.** Seit längerer Zeit wird vor dem Gewerbegericht eine Streitsache verhandelt, die besonders für die Putzer von Interesse ist:

Der Zimmermeister Böhm übertrug einer Putzerkolonne den Abputz zweier Grundstücke auf der Yorkstraße Nr. 47/49. Der vereinbarte Akkordpreis sollte für das erste 800 Mk., für das letztere 850 Mk. sein. Zuerst wurde das Grundstück Nr. 49 in Angriff genommen, das mit 850 Mk. bezahlt sein sollte. Die ersten 2 Wochen erhielten die Leute den Anwartschaftsschutz pro Stunde 65 Pf. Die Arbeit verzögerte sich sehr, weil das gelieferte Material schlecht war, der Kolonnenführer Leander äußerte sich, wenn wir auch bei diesem Hause nicht auf unsere Rechnung kommen, so wird uns das andere für den Ausfall entschädigen. Die Putzer arbeiteten weiter, in der sicheren Erwartung, daß nach Fertigstellung des ersten Gebäudes bald das andere an die Reihe kommen werde. Dazu aber kam es leider nicht. Als die dritte Woche vorüber war, zahlte der Meister nur den Lohn für 3 Tage aus. Das wollten die Putzer sich selbstverständlich nicht gefallen lassen, sie verlangten ihren vollen redlich verdienten Lohn. Der Meister weigerte sich aber zu zahlen und so kam es in der Behausung des Herrn Böhm zu Aufritten. Die Kolonne wurde angeblich wegen Hausfriedensbruchs entlassen.

Leander klagte gegen Böhm auf Zahlung des rückständigen Lohnes für sämtliche Mann, 6 Putzer und 2 Arbeiter, in der Gesamthöhe von 150 Mk. Der Beklagte beantragte Abweisung der Klage, der Kläger hätte nichts mehr zu beanspruchen, es wäre der Kolonne noch über die vereinbarte Summe der Lohn bezahlt worden, statt 800 hätten sie 830 Mark erhalten und die unfertige Arbeit beliefe sich auf 150 Mark. Nicht die Kläger, sondern er habe großen Schaden gehabt. Die Entlassung sei mit vollem Recht geschehen, denn die Kläger, die sein Haus bestürmt, hätten sich des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht. Es fand umfangreiche Beweiserhebung statt, in der der Beklagte beschwor, nicht 850 sondern nur 800 Mk. vereinbart zu haben. Das Gewerbegericht entschied, daß Leander noch 20 Mk. zu fordern habe. Mit der Mehrforderung wurde er kostenpflichtig abgewiesen. Er hat mehr als 15 Mark an Kosten zahlen müssen. — Ueber den Ausfall der Streitsache waren erklärlicherweise die Mitarbeiter sehr unzufrieden, sie klagten gegen Böhm und Leander wegen des ihnen zukommenden Lohnes.

Das Gewerbegericht wollte sich anfänglich mit der Sache nicht einlassen, in dem Streite sei ein Urteil nicht ergangen, über ein und dieselbe Klage könne doch nicht zum zweiten Male entschieden werden. Die Kläger stellten indessen den Tatbestand so dar, daß sie trotzdem

nommen. Es werden neue Zeugen und ein Sachverständiger in der Person des Maurermeisters Simon darüber vernommen werden, ob das Material die Kläger an der Arbeit derart gehindert habe, daß ihr Anspruch berechtigt sei. Die Kläger behaupten, daß zum Kalk nur Schachtsand genommen worden sei, während der Beklagte behauptet Schacht- und Odersand. Auf den Ausgang des Prozesses kann man gespannt sein.

Polizeipräsidenten und Landräte dürfen ungestraft schimpfen!

Der Fleischbeschauer Jonczyk hatte sich um die Stellung als Gemeindeschreiber in der Gemeinde Jendrysche beworben. Als es sich darum handelte, ihn zu bestätigen, sagte der Landrat Graf von Limburg-Stirum zu dem Gemeindevorsteher, er könne doch Jonczyk nicht gebrauchen, der sei ja „Sozialdemokrat und Pollack". Der Landrat gab dem Gemeindevorstand auf, J. nicht als Gemeindeschreiber anzustellen. Auch veranlaßte der Landrat, daß J. in einer andern Gemeinde, wo er bereits nebenamtlich Gemeindeschreiber war, gekündigt wurde! Jonczyk fühlte sich durch die Worte „Sozialdemokrat und Pollack", die er vom Gemeindevorsteher erfuhr, beleidigt und strengte gegen den Landrat die Klage an. — Die Regierung zu Oppeln erhob zu Gunsten des Landrats den Konflikt (ganz wie s. Zt. der in Breslau zu Gunsten des Herrn Binkol), weil er „in Ausübung seiner Amtsbefugnisse gehandelt und diese nicht überschritten" habe!

Das Oberverwaltungsgericht erklärte ganz wie im Falle Breslau den Konflikt für begründet, so daß das Klageverfahren gegen den angeschuldigten Landrat endgültig einzustellen und der Herr nicht zu belangen ist. Es wurde ausgeführt: Der Landrat habe seine Ueberzeugung zum Ausdruck bringen können. Wenn der Privatkläger bestreite, Sozialdemokrat zu sein, und auf eine Nichtigstellung großen Wert lege, dann möge er dies dem Landrat oder dessen Vorgesetzten nachweisen. (Genau umgekehrt! Der Landrat ist es, der zu beweisen hat, daß es wahr ist, was er über J. behauptet hat! Red.) Nach dem Konfliktsgesetz müsse unter den obwaltenden Umständen der Konflikt für begründet erklärt und dahin entschieden werden, daß das Verfahren einzustellen sei. — Echt preußische Rechtsprechung!

* **Wieviel verdient ein roter Radler?** Die Eilboten im Institut der roten Radler werden gegen ein Wochenlohn von 9 Mk. angestellt. Das ist aber nicht ihr einziger Verdienst. Um sie zur eifrigen Tätigkeit anzuspornen, erhalten die jungen Leute noch zehn Prozent von der Einnahme, die sie dem Institut abliefern. Außerdem bekommen sie noch Trinkgelder. So mancher Dienstmann, der den ganzen Tag an der Ecke steht, wäre froh, wenn er das Einkommen eines roten Radlers hätte. Ein Eilbote ist kürzlich entlassen worden; er klagte vor dem Gewerbegericht gegen das Institut auf Zahlung von 25 Mk. für eine Woche, 9 Mark Lohn, 8 Mark Provision und 8 Mark Trinkgelder. Der Beklagte bestritt, daß der Kläger 8 Mark Tantieme und 8 Mark Trinkgelder in der Woche verdient habe, er sei gar kein tüchtiger Bote gewesen. Es wurden zwei Radler als Zeugen vernommen, und diese sagten, daß ein tüchtiger und fleißiger Bote täglich 7 bis 8 Mark Einnahme habe; wenn das Geschäft schlecht geht, hat der Radler wöchentlich 3 bis 4 Mark Trinkgeld, geht das Geschäft gut, dann das doppelte oder noch darüber. Wie der Beklagte angab, hatte der tüchtigste Bote eine Monatseinnahme von 226 Mk., der Kläger aber höchstens 150 Mark. Das Institut wurde verurteilt, an den Kläger 15,70 Mk. zu zahlen. Das Gewerbegericht berechnete 9 Mk. Lohn, 3,10 Mk. Provision und 3 Mk. Trinkgelder. Mit der Mehrforderung wurde der Kläger kostenpflichtig abgewiesen.

* **Maskerade der Blockfreisinnigen.** Zu ulkig mutet es an, wenn man den Blockfreisinn, jetzt, nachdem er die „große" Fasinachtsschlacht, eng vereint, mit seinen Bundesgenossen, geschlagen und dem sogenannten nationalen Gedanken einen neuen Ansporn gegeben hat, jammern hört über die Begehrlichkeit der Agrarier, über ihre Volksfeindlichkeit und wie schwer sie dem deutschen Volke auf dem Magen liegen.

Geradezu köstlich ist es aber, wenn ein Artikel der „Breslauer Morgenzeitung": „Die große Maskerade" betitelt, in der die Habsucht der Junker glossiert wird, mit der Aufforderung schließt, daß die Parlamentswahlen eigentlich dem Volke Gelegenheit geben müßten, mit den beutelüsternen Agrariern und ihren Helfershelfern gründliche Abrechnung zu halten. Man faßt sich an die Stirn und frägt vergebens, ob der „Freisinn" diese Töne jetzt erst findet, oder ob sein Gestammel nur der Ausfluß der Verlegenheit ist. Zuerst tritt man mit Begeisterung für „unseren" bewährten Blockabgeordneten Hatzfeld ein und dann wird dem freisinnigen Wähler etwas vorgeheulmeiert, daß er durch bessere Stimmabgabe seine Lage verbessern und den Beutezug der Junker und anderen Sippe aufhalten solle. In einem nur stimmen wir dem Artikel bei: Abrechnung, gründliche Abrechnung tut not! Aber auch mit dem Blockfreisinn!

* **Rechtsschutzstelle für Frauen, Basteigasse 6a, 2. Etage.** Die Rechtsschutzstelle gibt unbemittelten Frauen in allen Rechts- und Wohlfahrtsangelegenheiten unentgeltlich Auskunft und läßt allen Ratsuchenden nach Möglichkeit Unterstützung angedeihen, sei es in Bezug auf Invaliden-, Alters-, Krankenversicherung, sei es betreffs Alimentation, Ehestreitigkeit, Testamentssachen usw. Zur Erledigung juristisch schwierigerer Fälle stehen den Damen des Rechtsschutzes Rechtsanwälte zur Seite. Es kann dringend empfohlen werden, gegebenenfalls rechtzeitig hiervon Gebrauch zu machen, da fast in jeder Sprechstunde Fälle vorkommen, bei denen der Erfolg durch das verspätete Vorgehen erschwert wird. Durch Beziehungen zu Vereinen und Rechtsschutzstellen in anderen Orten ist die hiesige Rechtsschutzstelle vielfach in der Lage, auch bei auswärtigen Angelegenheiten tatkräftige Hilfe zu leisten. Um dem häufig beobachteten Elend der Mütter unehelicher Kinder bis zur Erledigung der Alimentenklage vorzubeugen, sei bemerkt, daß diese Klagen bereits vor der Niederkunft angestrengt werden können. Auch hierüber näheren Bescheid erteilt die Rechtsschutzstelle für Frauen, Basteigasse 6a, 2. Etage. Sprechstunden Montag, Mittwoch, Freitag von 4½—7 Uhr Nachmittags.

* **In Gräbischen** hat die Firma J. Kabiert in Breslau 8000 bis 10 000 Quadratmeter Land zur Errichtung eines großen Speichers mit Gleis-Anschluß gekauft. Da der Bau mehrere hunderttausend Mark kosten soll und bald nach der Genehmigung der zuständigen Behörde in Angriff genommen werden soll, bietet sich den arbeitslosen Bauhandwerkern nahe Arbeitsgelegenheit.

* **Gegen die Brausteuer.** Die Vereinigungen der Brauereien und Gastwirte in Breslau haben beschlossen, am Mittwoch, den 10. März 1909, Nachmittags 4 Uhr, im „Deutschen Kronprinz" zu Breslau eine Protest-Versammlung gegen die geplante Brausteuer abzuhalten und hierzu die Interessenten aus der Provinz Schlesien einzuladen.

Aus Schlesien und Posen.

Schweidnitz, 22. Februar. Neue Familientragödie. Der letzten entsetzlichen Familientragödie folgte wenige Stunden später ein zweiter erschütternder Vorgang in einem anderen Stadtteile. Die Ehefrau des an der Rosenstraße wohnenden Inhabers des Zentral-Schweizerbureau, Franke, warf auf dem Schienenwege zwischen den Bahnhöfen Oberstadt und Niederstadt ihr einjähriges Kind vor einer herannahenden Lokomotive auf die Schienen. Dann stürzte sich die Frau selbst auf das Geleis. Nur mit knapper Not gelang es, die entsetzliche Tat zu verhindern und die Lokomotive im letzten Augenblick anzuhalten. Hinzueilende Bahnarbeiter nahmen sich der unglücklichen Frau und des Kindes an und brachten sie in Sicherheit. Die Frau gab an, von ihrem in stark angetrunkenem Zustande heimkehrenden Manne schwer mißhandelt worden zu sein. — Wie zu der Familien-Tragödie in der Horn'schen Familie weiter mitgeteilt wird, ist auch Frau Horn am Sonntag Nachmittag ihren Verletzungen erlegen. Gleich ihrem bereits verstorbenen Manne hat auch sie entsetzliche Brandwunden im Mund, Hals und Magen erlitten. Diese Verbrennungen waren um so unheilvoller, als Frau Horn unmittelbar vor ihrer Entbindung stand. Wie die unglückliche Frau den Polizeibeamten erklärte, hat sie die furchtbare Tat im Einverständnis mit ihrem Manne aus Nahrungssorgen verübt. Beide hatten vollen Branntschmaus angelegt; die Frau im weißen Kleide mit Schleier und der Mann im schwarzen Anzug mit weißer Weste. Beide kamen für je 25 Pfg. Obst.

Schweidnitz, 22. Februar. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 27. Februar, Abends 8 Uhr, im „Becker", Mühlgraben, Mitgliederversammlung. Vortrag und die Stellung der Stadtvereine des Kreises zu dem Beschlusse der letzten Kreiskonferenz betreffend Kreiskatel.

Strehlen, 19. Februar. Stadtverordnetensitzung. Die Gesuch um Erhöhung der Besoldung der Lehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule wird abgelehnt, weil die Stadtverordneten mit das neue Lehrerbesoldungsgesetz abwarten wollen. Beschlossen wurde, 10 000 Mark Kaution an die früheren Steinbruchbesitzer Müller und Kilo'aier zurückzuzahlen. Mit den früheren Pächtern hat die Stadt einen Prozeß geführt, der acht Jahre dauerte. Auf die Mitteilung, daß der jetzige Pächter, Schall, freiwillig sechstausend Mark an den Prozeßkosten angeboten habe, fing ein Stadtverordneter an, ob denn eigentlich Herr Schall, den die Sache doch garnichts angehe, persönliche Vorteile davon habe, wenn er freiwillig 6000 Mark zu den Prozeßkosten gebe. Der Vorsitzende verneinte ihm, daß dies nicht der Fall sei, jedoch wolle er dem Fragesteller unter vier Augen Bescheid sagen. Und mit dieser Antwort gab sich der Stadtverordnete sonderbarerweise zufrieden. Sodann wurde beschlossen, den Betrieb der Schwimmanstalt für den Preis von 5000 Mark abzustoßen. Mit der Erledigung einiger kleinerer Vorlagen und der Mitteilung, daß der Magistrat ein Gesuch an den Landtagsabgeordneten des Kreises gerichtet habe, in welchem er den Abgeordneten bittet, gegen die geplante Erhöhung zu stimmen, erfolgte Schluß der Sitzung.

Uns kommt die Freigebigkeit des Herrn Schall höchst sonderbar vor, umsomehr, als er vor nicht langer Zeit seine Arbeiter wegen einer geringfügigen Lohnerhöhung acht Wochen lang streiken ließ. Auf jeden Fall aber haben die Steuerzahler ein lebhaftes Interesse daran zu erfahren, was Herrn Schall zu der freiwilligen Spende veranlaßte. So etwas sagt man nicht unter vier Augen, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen will, daß in den weiteren Kreisen der Bevölkerung der Glaube aufkommt, daß hier etwas nicht in Ordnung sei. Aus diesem Vorgange können die Arbeiter ersehen, wie notwendig es ist, daß auch sie im Stadtparlament vertreten sind.

Liegnitz, 22 Februar. Unfälle. Der neunjährige Sohn des Fabrikbesitzers A. Hahn stürzte am Mittwoch auf der Eisbahn des Ziegenteiches so unglücklich, daß er sich eine schwere Gehirnerschütterung zuzog, an deren Folgen er am Donnerstag Abend verstarb. — Die Frau eines Handwerkers in der Grenadierstraße glitt beim Brodabschneiden mit dem Messer ab und schnitt sich die linke Pulsader auf. Vor Schreck wurde die Frau ohnmächtig und hätte sich verblutet, wenn nicht durch Zufall eine Hausbewohnerin hinzukam, die für Hilfe der Verunglückten sorgte.

Liegnitz, 22. Februar. Gewerbegerichtswahl. In der am Sonntag abgehaltenen Sitzung der Gewerbegerichtsbeisitzer, unter Vorsitz des Stadtrats Reichert, wurde der Termin für die Ergänzungswahlen der Arbeitnehmer auf Sonntag, den 2 Mai, Vormittags von 11 bis Nachmittags 5 Uhr festgelegt. Diesmal wird die Wahl in zwei Zimmern vorgenommen. Der Termin für die Wahl der Arbeitgeber ist auf Montag, den 3. Mai, Vormittags von 11—12 Uhr festgelegt. Der vom Gewerkschaftskartell gestellte Antrag, außer den ordentlichen Beisitzern noch die gleiche Anzahl Stellvertreter zur Wahl zu stellen, wurde leider abgelehnt.

Liegnitz, 20. Februar. Steuererhöhungen und neue Steuern. Vom 20. bis 27. Februar liegt im neuen Rathause der Kämmerei-Etats-Entwurf für 1909 für jedermann's Einsicht aus. Aber ein Einblick in denselben bietet für den Arbeiter wenig Erfreuliches. Nicht nur von Reichs- und Staats wegen winken uns direkte und indirekte steuerliche Mehrbelastungen, auch der dritte im Bunde, die Kommune schreit nach Mehr: und so soll der Gemeindeeinkommensteuerzuschlag von 130 auf 140 Prozent gesteigert werden. Der Zuschlag auf Realsteuern soll gleichfalls um 20 Prozent und zwar auf 180 Prozent erhöht werden. Außer den genannten Steuern soll die Braumalz- und Biersteuer eine Erhöhung erfahren, während die im vorigen Jahre zurückgezogene Vorlage einer Schankkonzessionssteuer erneut anbraucht ist. Der ausgelegte Etats-Entwurf dürfte auf der Ausgabenseite noch eine ziemliche Verschiebung nach oben erfahren, denn in letzter Stunde hat eine Kommission der Freisinnigen Lehrerschaft zu den Etatsberaten ein Gesuch gestellt, die Regelung ihres Diensteinkommens nach dem neuen Besoldungsgesetz vom 10 Februar d. Js. vorzunehmen, unter Gewährung einer Ortszulage von 500 Mark mit Rückwirkung vom 1. April 1908 ab, und mit Zerteilung nach Dienstaltersstufen, liegend zwischen dem 4. und 18. Dienstjahre. Wie ist ein noch weiteres Ansehen der Sozialdemokratie von nöten. Da wendet sich der Gott mit Grausen!

Liegnitz, 22. Februar. Auch die Konfektions-Schneider rühren sich. Die Tarifbewegung der Maßschneider hat nun auch die Angehörigen der Konfektionsbranche angeregt. In einer am Sonntag Nachmittag im Gewerkschaftshause abgehaltenen öffentlichen Konfektions-Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung, zu welcher sich erfreulicherweise gegen 150 Beteiligte eingefunden hatten, referierte Genosse Genossen Schoettl-Breslau, in 1¼stündigem Vortrage „Die Lage der Konfektionsarbeiter und die in der Branche bestehenden Tarife". — Der Vortragende verstand es, in scharfen Umrissen ein klares Bild von der mißlichen Lage dieser großen Proletariergruppe zu geben, den klaren Beweis erbringend, daß es nur eine Rettung gibt: Organisation! In der folgenden Diskussion wurde Beschwerde geführt über Behandlung seitens der Konfektionäre. Weiter wurde auch bekannt gegeben, daß seitens der christlichen Organisation über die Firma Schulz, Hirschstraße, die Sperre verhängt sei, und wurde vor Arbeitsnahme ein gewarnt. — Eine Anzahl Aufnahmen für den Verband der Schneider waren das erste Resultat der Versammlung.

Weirich, 22. Februar. Wahlverein. Die letzte Versammlung beschloß eine Erhöhung der Beiträge von 20 auf 25 Pfennig. Der erhöhte Beitrag wird schon vom 1. März d. Js. ab erhoben. Hierauf wird beschlossen, die Stadt in Distrikte einzuteilen und zwar bilden die Bezirke 1, 2, 3 und 4 den 1 Distrikt, die Bezirke 5, 7, 10 den 2. Distrikt und die Bezirke 6, 8, 9 sowie Briesen und Groß-Neudorf den 3. Distrikt. Der 1 und 2. Distrikt tagt bei Hoffmann, Fischergasse, der 3. Distrikt bei Reichelt, Oppelnerstraße.

Frankenstein, 22 Februar. Verurteilter Brandstifter. Am 24. und 25. November v. Js. brannten in Schönwalde diesigen Kreises zahlreiche Wirtschaftsgebäuden nieder. Noch während des Brandes wurde der Arbeiter Hermann Hammel von dort unter dem Verdacht verhaftet, daß er aus Rachsucht gegen einen Gutsbesitzer den Brand angelegt habe. Trotz seines Leugnens sprach ihn das Glatzer Schwurgericht schuldig und verurteilte ihn zu fünf Jahren Zuchthaus, sechs Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht. Der Staatsanwalt hatte neun Jahre Zuchthaus gegen ihn beantragt.

Glatz, 19. Februar. Tätigkeitsbericht des Gewerkschaftskartells. In der am Sonntag stattgefundenen Kartellsitzung wurde der Jahresbericht erstattet. Aus demselben ist zu entnehmen, daß das Kartell im ersten halben Jahre als lose Vereinigung bestanden hat und erst im Juli der Zusammenschluß mit 8 Gewerkschaften, denen 171 Mitglieder angehörten, vollzogen wurde. Am Schlusse des Jahres gehörten dem Kartell 10 Gewerkschaften mit 500 Mitgliedern an. Auf Anregung des Kartells wurden Zahlstellen der Maurer und Transportarbeiter ins Leben gerufen, während die Glasarbeiter in Landeck sich aus eigener Kraft eine Zahlstelle gründeten und dem Kartell anschlossen. Im ganzen wurden vom Kartell, der sich auch später die Buchdrucker anschlossen, 30 Gewerkschafts-Versammlungen abgehalten. In 10 Vorstandssitzungen und 15 Kartellversammlungen wurden die Geschäfte erledigt. Die Bibliothek wurde zentralisiert und umfaßt 100 Bände. Zur besseren Ausgestaltung der Bibliothek wurden 10 Mark bewilligt. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 111,70 Mark auf. Ausgaben waren 49 50 Mark und Bestand bleibt 62,80 Mark. Als Vorsitzender wurde Genosse Seidel, Stellvertreter Genosse Marx, Kassierer Genosse Machatte und als Schriftführer Genosse Thrano gewählt. Beisitzer wurden die Genossen Regner und Sauer.

Glogau, 21. Februar. Wie Terrorismus fabriziert wird. Unter der Überschrift „Ein neues Beispiel von sozialdemokratischem Terrorismus" berichtet die „Neue Niederschlesische Zeitung". Danach sollen die organisierten Hafenarbeiter die nichtorganisierten an der Benutzung des Unterkunftsraumes im Winterhafen gehindert haben, jedoch die letzteren gezwungen haben, bei Wind und Wetter im Freien zu kampieren. Man ist es ja schon gewohnt, daß das Junkerblatt keine Gelegenheit vorübergehen läßt, der Sozialdemokratie einen Eselstritt zu versetzen. Da aber dieser „unerhörte Terrorismus" in Glogau passiert sein soll, hatten wir von unserer „Freundin" doch mehr Objektivität und Wahrheitsliebe erwartet. Am 10. d. M. sollen einige unorganisierte Arbeiter den Schuppen verschlossen gefunden haben, und daraus konstruiert das Blatt nach gewohnter Art einen „unerhörten Terrorismus der Sozialdemokratie". Die Wahrheit ist nun die, daß am 10. d. M. die organisierten Arbeiter im Hafen gar nicht gearbeitet und demzufolge den Schuppen nicht benutzt haben. Der Schlüssel befindet sich auch nicht im Besitz der Arbeiter, sondern in dem eines Unternehmers. Seit Besitzen des Schuppens, der nebenbei bemerkt, mit auf Drängen der Organisierten vom Magistrat gebaut wurde, können die Nichtorganisierten stets den Schuppen benutzt, ohne irgend auf Widerstand zu stoßen. — Für die Redaktion des Zentrumsblattes ist es ja leichter, ihre Leser vor der Sozialdemokratie gruselig zu machen, als wahrheitsliebend zu sein; daß dies letztere in diesem Falle doch eintritt, dafür werden die organisierten Hafenarbeiter sorgen!

Sagan, 22. Februar. Eine Familien-Tragödie wie nunmehr feststeht, ist die entsetzliche Tat der jungen Frau Siedling, die sich und ihren beiden Kindern den Hals durchschnitt, doch auf polizeiliche Sorgen zurückführen. Neuerdings konnte der Schwiegervater nicht die fälligen Zinsen zahlen und nach der Tat meldete er den Konkurs an.

Reichenbach u. E., 22. Februar. Ein großer Schadenfeuer wurde Freitag auf dem Terrain Weigelsdorf. Am Spätnachmittag schlugen plötzlich dicke Flammen aus dem langen Kuhstall, dessen oberer Teil mit Heuvorräten gefüllt war. Es gelang das Vieh zu retten. Die freiwillige Feuerwehr von Weigelsdorf, die Dorfgliche Berufsfeuerwehr und die freiwillige Feuerwehr aus Oberlangenbielau mußten in erster Reihe die in der Nähe des Brandplatzes stehende Kirche und Schule schützen. Es gelang auch ein Ueberspringen des Feuers zu verhindern und auch die anderen Wirtschaftsgebäude zu erhalten. Der Stallbau brannte ab.

Bunzlau, 19. Februar. Stadtverordneten-Versammlung. Die Tagesordnung der am Dienstag abgehaltenen Stadtverordnetensitzung war zwar nicht groß, aber die einzelnen Punkte riefen längere Debatten hervor. Wir können uns nur darauf beschränken, das Wichtigste wiederzugeben. Bezüglich der Pläne für die neuen Schulgebäude wurde folgendes beschlossen: Die höhere Mädchenschule kommt auf die Zeidler'sche Ecke, die katholische Volksschule in die Verlängerte Friedrichstraße, zwischen Bornemann- und Quackbrunnen zu stehen. Ideal ist dieser Platz auch nicht, aber immer noch besser, als der an der Abdeckereistraße. — Das Ortsstatut über die Straßenreinigung wurde dem Magistrat zurückgegeben und ihm empfohlen, es noch ein Jahr liegen zu lassen. Auch nicht übel! Dagegen stimmte man der Umänderung der Wahlen zum Gewerbegericht bei, wobei sich Herr Müller hervortat und von Gerechtigkeit und ähnlichem sprach. Die Wahlen sollen künftig Sonntags erfolgen und zwar per Stimmzettel. Zum Schluß gab es eine ergötzliche Debatte zwischen dem Vorsteher und dem Stadtverordneten Kalliese. „Der Fuchs Karl fängt ihm an fürchterlich zu werden", nämlich dem „König von Bunzlau", der immer mehr zum Magistratsgegner wird, anstatt die Rechte der Versammlung zu wahren. Es bestehe nämlich eine Kommission, welche die Frage der Anliegerbeiträge prüfen sollte, und in den Sitzungen war vom Stadtverordneten Kalliese der Antrag gestellt worden, 1 Mark und 2 Mark, je nach der Breite der Straße, für den laufenden Meter Anliegerbeiträge zu erheben. Dazu hat Herr Hofmann bemerkt haben, es seien 50 Pfg. pro Quadratmeter beantragt worden, da habe es keinen Zweck, weiter zu unterhandeln, denn das Ganze sei doch nur Komödienspiel. Kalliese stellte wegen dieser Aeußerung den Vorsteher zur Rede, der es abstreitet, in diesem Sinne sich ausgedrückt zu haben, und es entwickelte sich eine ganz nette Katzbalgerei. Bürgermeister Richter erklärt, daß der Magistrat nicht weiter Stellung zu der Sache genommen, da der Antrag Kalliese nicht erheblich sei. Und das läßt sich die Kommission gefallen! Der Vorsteher rückt Herrn Kalliese auch nicht zur Sache vorrechen, und so soll, wie wir hören, in der nächsten Sitzung eine Interpellation eingebracht werden, die sich nochmals damit beschäftigen wird. Das kommt davon, wenn man, mit solch absolutistischen Regierungsmoralen ausgestattet, alles durchsetzen will, und das, was nicht in den Kram paßt, über Bord wirft! Jetzt ist es ihnen die verehrlichen Stadtväter auf ihren sie bevormundenden Vorsteher. Die Reue kommt etwas spät; hätte man sich nur geärgert, als die Vorstandswahl war, und hätte da so gewählt, wie man jetzt wünscht, gewählt zu haben!

Jauer, 18. Februar. Vom Wahlverein. In der am Dienstag hier abgehaltenen Wahlvereins-Versammlung gab auf Verlangen unserer hiesigen Genossen, Genosse Proll-Landeshut einen Bericht über den Fall Röhner. Des weiteren fand eine Aussprache zwischen dem Gauleiter der Tabakarbeiter Cramer und dem Genossen Proll über den Boykott der Firma Röhner von hier statt. Die Landeshuter Genossen, welche in der Versammlung anwesend waren, erklärten sich für strikte Durchführung desselben. Folgender Antrag fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung beschließt an Friedrich Wilhelm, welche Zigarren bei der Firma Röhner kaufen, herauszutreten und zu verlangen, keine Zigarren mehr dort zu kaufen. Desgleichen erklärt sich die Versammlung für strikte Durchführung des Boykotts." Die Berichterstattung soll mehr ausgebaut werden, um die Arbeiterpresse besser verbreiten zu können.

Markliss, 21. Februar. Selbstmord eines Kindes. Aus Furcht vor Strafe erhängte sich der 11 Jahre alte Sohn des Händlers Klein, der seinem Vater kleine Geldbeträge entwendet hatte, die er auf Wirtschaften verwandte.

Schwientochlowitz, 21. Februar. Rabenmutter. Die Arbeiterfrau Pelchrat, deren 7 Monate altes Kind um Nahrung schrie, geriet hierüber so in Wut, daß sie das Kind erwürgte. Die Leiche wurde zur Obduktion ins Lazarett geschafft.

Myslowitz, 21. Februar. Geplatzter Dampfrohr. Auf der Myslowitzgrube platzte ein aus dem Kesselhaus nach dem Maschinenraum führendes Dampfrohr. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt. Einige andere erlitten leichtere Verletzungen.

Ratibor, 22. Februar. Raubanfall am Postschalter. Von der Firma Preiß (Schokoladenfabrik) war Freitag Abend gegen 7½ Uhr ein Mädchen, Tkotsch, nach der Post geschickt worden, um einen größeren Betrag einzuzahlen. Das Mädchen, das sich fast allein im Schalterraum befand, zählte das Geld auf ein Brett auf. U. a. befanden sich dabei zwei Hundertmarknoten. Plötzlich trat ein junger Mann, der bisher abseits gestanden hatte, an das Mädchen heran, und ließ, anscheinend aus Versehen, einen Brief so fallen, daß dieser gerade auf die Banknoten zu liegen kam. Blitzschnell griff er dann nach dem Brief, riß die beiden Banknoten mit dem Brief an sich und wandte sich der Tür zu. Das Mädchen zeigte jedoch eine bewunderungswerte Geistesgegenwart. Sie stürzte sofort dem Räuber nach, erfaßte ihn am Türausgang am Rock und hielt ihn fest. Nun schlug der Räuber auf das Mädchen ein, riß es zu Boden und es gelang ihm, die Straße zu gewinnen. Er eilte die Eisenbahnstraße entlang. Das Mädchen jedoch raffte sich sofort wieder auf und lief laut um Hilfe rufend, dem Räuber nach. Auf der Wilhelmstraße gelang es den Dieb zu stellen. Er hatte während des Laufens die Banknoten weggeworfen. Das Mädchen hatte dies aber bemerkt und dieselben aufgehoben. Der freche Räuber wurde der Polizei übergeben. Es ist der Kellner Fritz Bürger aus Gräfenberg in Schlesien, der seit einigen Tagen in Ratibor weilte.

Posen, 23. Februar. Stadtverordneten-Vorsteher Salomon. Am Sonnabend Vormittag starb nach längerer Krankheit der Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung im Alter von 57 Jahren. Salomon wurde 1897 Stadtverordneter. Nach zweijähriger Tätigkeit im Stadtparlament wurde er zum Vorsitzenden gewählt.

Jastrow, 22. Februar. In der letzten General-Versammlung der Ortskrankenkasse mußte auf behördliche Veranlassung eine Verschlechterung der Versicherungsbedingungen vorgenommen werden. Bürgermeister Hempel vertrat die Aufsichtsbehörde. Den Frauen der Kassenmitglieder sollten ärztliche Hilfe und Arznei, und den Kindern die ärztliche Hilfe entzogen werden, oder aber sie müßten eine Extrasteuer zahlen, und zwar die Frauen pro Woche 10 Pfg. und jedes Kind 5 Pfg. Und dieses soll in einer Zeit geschehen, in der das Elend am größten ist.

Fragt man aber nach den Ursachen des schlechten Standes der Kasse, der eine solche Maßnahme erforderlich machte, so muß man sagen, daß die Aufsichtsbehörde auch einen Teil Schuld daran trägt. Als nach der Krankenkassengesetz-Novelle von 1902 die Leistungen der Kasse um das doppelte erhöht wurden, hat die Kasse ohne jede Beitragserhöhung weiter gewirtschaftet. Die Aufsichtsbehörde hat dem ruhig zugesehen und sich weiter nicht darum gekümmert. Als 1905 der nachmalige Vorstand einsah, daß es nicht so weiter ginge, fand eine allgemeine Beitragserhöhung statt. Doch diese genügte nicht, die Kasse in die Höhe zu bringen. Als 1907 abermals eine allgemeine Beitrags-Erhöhung stattfand, und diese dem Bezirksausschuß zur Genehmigung vorgelegt wurde, erhielt die Kasse, natürlich erst nach sieben Monaten, den Bescheid, daß im Jahre 1903 die Zusatzbeiträge eingeführt worden wären, und diese sollten zur Einziehung gelangen. Im Statut war ein Paragraph vorhanden, der dieses besagte, ohne daß die Mitglieder wußten, wie er hinein gekommen war.

Die Mitglieder mußten, wenn auch mit schwerem Herzen, ihre Zustimmung hierzu geben, um nicht ihr teures Stückchen Selbstverwaltungsrecht zu opfern, was sie hier besitzen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

P., Pirschelwitzstraße. Der Vormund muß wegen seiner Unterschrift mit dem Standesamt mit erscheinen.

Nr. 148. Nein, die Erhebung des Eintrittsgeldes ist nicht strafbar.

W., Glogau. G. Reichelt in Breslau, Matthiasstraße 140.

J. B. 1. Ist das Testament von dem Erblasser eigenhändig geschrieben und unterschrieben, so ist es gültig. 2. Die Anfechtung eines Testaments hat durch eine Erklärung beim Nachlaßgericht zu erfolgen und zwar innerhalb Jahresfrist, die mit dem Zeitpunkt beginnt, in welchem der Anfechtungsberechtigte von dem Anfechtungsgrunde Kenntnis erlangt.

F., Freiburg. Wenden Sie sich an die Stadt- oder Universitätsbibliothek in Breslau.

C. S. 50. Die Logiswirtin haftet nicht für die von Ihnen eingebrachten Sachen; sie ist deshalb auch nicht verpflichtet, Ihnen für die gestohlene Taschenuhr Ersatz zu leisten.

V. Adler, vorm. Hawerda
Bäckerei und Konditorei „zur Kornblume"
Nikolaistraße Nr. 15
empfiehlt **Pfannkuchen** 4 Stück 10 Pfg., 6 Stück 25 Pfg. mit verschiedener Füllung. 3893

„Der wahre Jakob"
Sozialdemokratisches Witzblatt.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Ausverkauf
von Haarschmuck, Pfellen, Seitenkämmen, Nadeln 2c. 2c.
732] wegen Aufgabe dieser Artikel zu herabgesetzten Preisen.
London & Co., Oderstr. 5,
zweites Viertel vom Ringe.

ff. Batavia-Arrak,
„ Jamaica-Rum,
„ französische und deutsche Kognaks,
„ Punsche u. Tafellikäre
empfiehlt 3472
Edwin Jelahon
Breslau, Neumarkt 6.
Flaschenverkauf im Comptoir. Mod. part.